Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138. Dienstag, den 17. Juni 1919. 26. Jahrg.

Der Revolutionsparteitag in Weimar.

st. Weimar, 15. Juni 1919.

In der schwersten Zeit, die Deutschland jemals erlebt hat, ist auf historischer Stätte der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammengetreten. Der erste Parteitag nach der Revolution, die all das Morsche und Faule im Sturme hinwegfegte, das einer freiheitlichen Entwickelung Deutschlands bisher hemmend im Wege stand und die uns der Verwirklichung unserer Ziele ein gut Stück näher gebracht hat. Wie weit wir allerdings noch von unserem Ziele entfernt sind, das hat uns dieser Parteitag erneut bewiesen. Es war vorauszusehen, daß, entsprechend den zahlreichen Anträgen aus den Parteigenossenschaften im Lande, auch in Weimar der junge, gärende Most hoch aufschäumen, daß die Unzufriedenheit weiter Kreise der Parteigenossen mit dem langsamen Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum sozialistischen Staat in die Erscheinung treten würde. Niemand wird das bedauern; im Gegenteil, jeder wirkliche Freiheitsfreund wird das begreifen. Aber mit unzweideutiger Klarheit wurde aus berufenem Munde darauf hingewiesen, daß wir trotz der Revolution immer noch im kapitalistischen Staat leben, der zwar stark mit sozialistischem Oel durchtränkt ist, dessen völlige Umwandlung sich aber nicht von heute auf morgen vollziehen läßt. Nur im langsamen organischen Auf- und Umbau kann diese Umwandlung, die noch außerordentlich erschwert wird durch den Ausgang des Krieges für Deutschland, vor sich gehen. Das ist auch allen denjenigen klar, die den wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen nicht vollständig blind gegenüberstehen. Selbstredend schließt das nicht aus, daß alles drangesetzt werden muß, um den Gang der Entwicklung nach Möglichkeit zu beschleunigen, daß die Steine, die sich dem Fortschritt hindernd in den Weg stellen, beseitigt werden müssen. Hieran mitzuarbeiten ist die Pflicht aller Genossen und Genossinnen, mögen sie nun als Beauftragte der Partei und ihr Verantwortliche in der Regierung sitzen oder mögen sie erwerbstätig sein. Hier aber muß gemeinsam gearbeitet werden und das kann nicht geschehen dadurch, daß man den an schwerer verantwortlicher Stelle stehenden Genossen den guten Willen, dem Volke und der Partei zu dienen, abspricht, daß man sie als Verräter am Volke und an der Arbeiterschaft bezeichnet, wie es leider von einem Teile der Bevölkerung, auch manchen Parteigenossen nicht ausgenommen, geschieht. Gewöhnen wir uns also daran, gegenseitig Toleranz zu üben und vieles wird sich besser gestalten. Wir hoffen, daß der Parteitag gerade in dieser Beziehung manches Gute geleistet hat und daß er in diesem Sinne befruchtend auf die Parteigenossenschaft wirkt.

Wenden wir uns nun den Arbeiten des Parteitages zu, dann kommen wir zu dem Resultate, daß er im allgemeinen gute Arbeit geleistet hat. Zwar ging es manchmal etwas stürmisch her und man konnte glauben, sich in einer bewegten Sitzung der Nationalversammlung zu befinden. Das hatte drei Gründe: Ein großer Teil der Delegierten war erfreulicherweise Neuling auf einem Parteitage und mit den parlamentarischen Gepflogenheiten noch nicht recht vertraut. Das, in Verbindung mit der wohl jedem Menschen nach 4½ schweren Kriegsjahren naturgemäß anhaftenden leichten Erregbarkeit löste manchmal unnötig einen Sturm aus, den wir mit einem Sturm im Glase Wasser vergleichen möchten. Dann aber befanden sich unter den Delegierten einige wenige, die die Verhandlungen durch fortgesetzte Zwischenrufe störten. Insbesondere leistete in dieser Beziehung ein intellektueller Jenaer Genosse Hervorragendes. Der wesentlichste Grund aber waren die verschiedenen Angriffe, die von hervorragenden Parteigenossen gegeneinander erhoben wurden. Wir denken hierbei an die Zusammenstöße Scheidemann-Cohen und — was uns noch viel schlimmer scheint — sozialdemokratischer Minister gegen einander. Man fragt sich nur, ob es wirklich nötig war, das traurige Bild des Zwiespalts zwischen den Genossen in der Regierung in der breitesten Oeffentlichkeit zu entrollen. Genosse Wissell hat seinem gedrückten Herzen Luft gemacht, die Genossen David und Schmidt haben ihm geantwortet. Genosse Hermann Müller hatte recht, wenn er als Ursache dieses Zwiespalts anführte, daß die parteigenössischen Ressortminister für die Durchführung ihrer Pläne Geld brauchen, daß aber die Gelddecke nicht reicht. Hieraus resultieren die Differenzen, die allerdings zweckmäßiger im Kabinett selbst oder in der sozialdemokratischen Fraktion auszutragen gewesen wären. Es ist erklärlich, daß solche unliebsamen Zwischenfälle nicht dazu beitragen konnten, die Stimmung des Parteitages zu heben, wie sie auch nicht geeignet sind, Freude über den Verlauf dieser Tagung zu erwecken.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Einigungsfrage ein. Aus allen Reden trat das heiße Sehnen nach einer Einigung, der auf dem Boden des Erfurter Programms stehenden beiden sozialistischen Parteien hervor. Zwar war man sich der Schwierigkeiten, die einer Einigung im Wege stehen, größtenteils vollauf bewußt, und auch wir sind der Meinung, daß alle unsere Bemühungen auf der Gegenseite leider jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg zeitigen werden. Aber trotzdem begrüßen wir den Beschluß des Parteitages mit Freuden. Abermals ist dokumentiert, daß die Mehrheitspartei auf dem Standpunkte steht: Wir müssen uns zusammenfinden, wir bieten im Interesse des so dringend notwendigen geschlossenen Vorgehens gegen unsere wirtschaftlichen Gegner und gegen die Gegenrevolutionäre — die, wie gerade die letzten Tage wieder gezeigt haben, am Werke sind — erneut die Hand zum Frieden.

Vielleicht wäre es unter den obwaltenden Umständen besser gewesen, wenn Genosse Wels als Referent des Parteivorstandes weniger aggressiv gegen die U. S. P. vorgegangen wäre. Man darf aber auch nicht vergessen, wie gerade die Wortführer dieser Partei in der letzten Zeit gegen den Parteivorstand und gegen die Regierung gewütet haben. Daß da eine Abwehr geboten war, dürfte jedem einleuchten; ebensowenig wird man es dem Genossen Noske, dem „Bluthund", wie ihn die Spatrakisten und Unabhängigen so unschön und unzutreffend bezeichnen, verdenken können, daß er sich scharf gegen seine Widersacher wandte. Bei dieser Gelegenheit deckte er das — gelinde gesagt — eigenartige Verhalten des früheren unabhängigen Volksbeauftragten Barth auf, der, trotzdem gerade er die Regierung beschimpfte, daß sie sich der Freiwilligentrupps bediente, vor wenigen Tagen in heißem Liebeswerben um diese selben Trupps im Falle der Uebernahme der Regierung durch die U. S. P. stand. Zwar schütteln die maßgebenden Stellen der letzteren Barth jetzt ab; sollte aber Barth wirklich nur auf eigene Faust gehandelt haben? Doch wir wollen dieses Kapitel vorläufig verlassen und hoffen, daß sich die Arbeiterschaft, sofern sie der U. S. P. Gefolgschaft leistet, endlich auf sich selbst besinnt und ihre Führer zwingt, jetzt nicht abermals die dargebotene Hand zurückzuweisen, sondern dem zermürbenden Bruderkampf ein Ende zu bereiten. Denn das muß auch einmal ausgesprochen werden: **Die größte Gefahr für die Revolution und ihre Erfolge ist die Uneinigkeit der Arbeiterschaft.** Wer sie weiterhin bewußt oder unbewußt fördert, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und am ganzen deutschen Volke.

In diesem Zusammenhange ein paar Worte zu den Freiwilligentruppen. Wir sehen sie lieber heute als morgen verschwinden, weil sie als Träger des wieder auflebenden alten militärischen Systems eine Gefahr für die junge Republik in sich bergen können. Und mit Recht sind scharfe Worte auf dem Parteitage gegen sie gefallen, aber niemand hat ernstlich angeben können, was denn jetzt an ihre Stelle gesetzt werden soll. Entbehren können wir sie leider heute noch nicht. Deshalb bleibt eben nichts anderes übrig, als jedem Mißbrauch der militärischen Gewalt scharf entgegenzutreten und ihre Funktionen nach Möglichkeit einzuschränken, wie es der Parteitag in der beschlossenen Resolution König gefordert hat.

Die Unzufriedenheit der Parteigenossenschaft mit dem langsamen Tempo in der Demokratisierung der Verwaltung fand beredte Sprecher in einer ganzen Reihe preußischer Genossen. Sie haben durchaus ein Recht, sich hierüber bitter zu beklagen, denn die reaktionären Landräte und sonstigen höheren Verwaltungsbeamten sind ein gewaltiger Hemmschuh jeden Fortschritts. Genosse Heine, gegen den sich als preußischer Minister des Innern die Hauptangriffe richteten, konnte demgegenüber darauf hinweisen, daß zurzeit von 470 Landratsämtern 100 frei sind, d. h. kommissarisch verwaltet werden. Eine Reihe anderer Landratsposten sind bereits mit unseren oder Leuten aus den Koalitionsparteien besetzt worden. Hier taucht immer wieder die Frage auf: Haben wir denn die nötigen fähigen Leute, um solche Posten besetzen zu können? Wir sagen nein! Und deshalb kann auch in diesem Punkte nur mit Wasser gekocht werden. Das hindert aber nicht, daß Parteigenossen und Minister alles daransetzen, um so rasch wie möglich, den Schleppenträgern der Reaktion in der Verwaltung ihr gemingefährliches Handwerk zu legen.

Es war vorauszusehen, daß trotz der mancherlei Klagen und Beschwerden gegen die Regierung, der Parteitag mit überwältigender Mehrheit den Genossen in der Regierung sein volles Vertrauen aussprechen und ihnen kräftigste Unterstützung zusichern würde. In der angenommenen Resolution wird die Unabhängigkeit der Partei von der Regierung festgestellt, was uns im Interesse der Klärung dringend geboten erscheint, und zum Schluß eine Mahnung ausgesprochen, die wir auch unseren Lübecker Genossen dringend zur Beachtung empfehlen möchten. Sie geht dahin, daß die Genossen bei der Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von Tatsachen ausgehen und sich nicht durch zu bestimmten Zwecken ausgestreute Gerüchte über die Tätigkeit unserer Genossen in Regierungsstellen betören lassen sollen. In der heutigen aufgeregten Zeit schenkt man Gerüchten viel zu viel Glauben und schädigt dadurch unter allen Umständen der Sache, der man dienen will, außerordentlich. Also ruhig Blut, kühle und klare Ueberlegung, das ist Haupterfordernis für alle Genossinnen und Genossen!

Der Parteitag in Weimar hat sich durch das beschlossene Organisationsstatut ein neues Gefüge gegeben, das uns die Möglichkeit der finanziellen und organisatorischen Hebung geben soll. Leider sind die Anträge der Lübecker Partei in bezug auf die Gestaltung der Beiträge für die Genossinnen nicht angenommen worden. So bedauerlich das auch ist, so fügen wir uns als Sozialdemokraten doch dem Beschlusse des Parteitages und hoffen, daß er sich als im Interesse der Partei liegend erweist. Erfreulich ist, daß den rein ländlichen Kreisen und den Jugendlichen gegenüber Erleichterungen gewährt worden sind. Begrüßenswert ist der von Lübeck aus kräftig unterstützte Beschluß, daß die Jugendlichen über 17 Jahre aus den Jugendorganisationen auszuscheiden und sich der Partei und den Gewerkschaften anzuschließen haben. Letztere haben sich durch ihre Bildungsinstitutionen, deren weiteren Ausbau der Parteitag ebenfalls beschloß, dieser jungen Genossinnen und Genossen anzunehmen und für ihre Weiterbildung zu sorgen. Auch die Presse soll einen weiteren dringend notwendigen Ausbau erfahren, wobei allerdings Vorbedingung ist, daß sie auch über das nötige Papier verfügt, woran es heute außerordentlich hapert — dank der geradezu unverantwortlichen und auch auf dem Parteitage scharf getadelten Rationierungsart der Reichspapierstelle.

Interessante Referate, auf die wir in diesem Rahmen nicht näher eingehen können, hielten die Genossen Scheidemann und Bernstein. In prägnanten Worten schilderte ersterer die Aufgaben der Partei in der Republik, während Bernstein die auswärtige Politik erörterte, nachdem der Parteitag beschlossen hatte, diesen Punkt der Tagesordnung noch mit einzuverleiben. Es gibt Genossen, die meinen, daß dieser Beschluß besser nicht gefaßt worden wäre. Wir können uns dieser Ansicht nicht anschließen, trotz des falschen Zungenschlages, der Genossen Bernstein unterlief. Die Erörterung über die auswärtige Politik kann der Partei niemals zum Schaden gereichen, im Gegenteil, sie kann ihr selbst heute nur nützen. Wir können auch jetzt schon ruhig aussprechen, was ist.

Kurz und präzise leitete Genosse Löbe durch ein Referat die Debatte über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalversammlung ein. Bedauerlich ist es, daß nicht mehr Zeit vorhanden war, um hier der Debatte etwas freieren Lauf zu lassen. Wir hätten das aus dem Grunde gewünscht, um den vielen nicht immer unberechtigten Klagen über die Tätigkeit der Nationalversammlung Gehör zu verschaffen. Die sachlichen Ausführungen des Genossen Wissell sind hoffentlich von allen Genossinnen und Genossen gelesen worden; sollte das nicht der Fall sein, dann bitten wir, das nachzuholen; es ist dringend notwendig. Insbesondere bitten wir, die Zahlen zu beachten; sie reden eine deutliche Sprache.

Die Frage des Rätesystems mußte auf diesem Parteitage erörtert, die Stellung der Partei hierzu besprochen werden. Ueber die Notwendigkeit der Arbeiterräte im wirtschaftlichen Produktionsprozeß besteht heute in der Partei kein Zweifel mehr. Die Arbeiter haben ein Recht, mehr als bisher am Produktionsprozeß teilzunehmen, sie sollen nicht mehr Ausgebeutete, sondern Mitbestimmende sein. Einmütigkeit herrscht darüber, daß für die Formel: „Alle Macht den A.- und S.-Räten" in der Partei kein Raum ist. Die Meinungsverschiedenheit beruht nur darauf, ob eine mit legislativer Macht ausgestattete Kammer der Arbeit, also ein neues Oberhaus, geschaffen werden soll. Wir lehnen diesen vom Genossen Cohen sehr wirkungsvoll vertretenen Standpunkt ab, weil er im schroffsten Gegensatz zur Demokratie steht. Vielmehr neigen wir im wesentlichen dem auch vom Parteitag gebilligten, außerordentlich interessant und mit Wärme vorgetragenen Anschauungen des Genossen Sinsheimer zu. Leider verbietet es uns der Raummangel, näher auf die Rätefrage und auf die Behandlung derselben auf dem Parteitage einzugehen. Vielleicht bietet sich hierzu demnächst noch einmal Gelegenheit.

Noch manches wäre über den Parteitag zu sagen; aber wir müssen uns hierauf beschränken. Wenn Cohen und andere richtig prophezeit haben, dann werden sich in den allernächsten Monaten Ereignisse abspielen, der die Partei nach ihrer Meinung nicht gewachsen ist. Wir sind der Auffassung, daß, mögen sich die Verhältnisse gestalten wie sie wollen, die Partei elastisch genug ist, sich ihnen anzupassen und die Interessen der Arbeiterklasse weiterhin wirksam zu vertreten. Und wir stehen nicht an, zu sagen, daß der Parteitag im großen und ganzen die Waffen geschmiedet hat, um die Partei auch fernerhin schlag- und aktionsfähig zu machen. An den Genossinnen und Genossen liegt es nun, durch rege Agitation dafür zu sorgen, daß wir immer weiter vorwärtsschreiten auf dem Wege zur Verwirklichung unserer Ziele.

Die Antwort der Entente.

Versailles, 16. Juni. Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brockdorff-Rantzau um 6,30 Uhr abends übergeben worden.

Die von den Alliierten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erteilte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen Mantelbrief, in dem gesagt wird: In den Augen der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen wurde. Deutschland hat seinen willfährigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachung zu leisten. Der Brief führt weiter aus: Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates mit sicherem Zugange zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime, betreffend das Saarbecken, wird für 15 Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Alliierten sind überzeugt davon, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Der Brief fügt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem frühen Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Betreffs der deutschen Beschuldigung gegen die Blockade heißt es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine gesetzlich anerkannte Methode der Kriegführung gewesen.

Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Bemerkungen legt dar, im deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Ueberzeugung der Alliierten erschüttere, daß die unmittelbare

Ursache des Krieges die wohl überlegte Entschließung der verantwortlichen Personen gewesen ist, die Lösung der europäischen Frage gewaltsam herbeizuführen, wenn nötig, durch einen Krieg. Die Alliierten halten dafür, daß die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich verantwortlich dafür sind, eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählich zu verringern, als bisher gestattet worden war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutschland eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.

*

Die Schicksalsstunde Deutschlands hat also geschlagen. In fünf Tagen muß die Antwort auf das Machwerk erfolgen, das man Friedensbedingungen nennt. Soweit bis jetzt zu ersehen ist, haben sich die Gewaltmenschen von drüben zu besserer Einsicht nicht bekehrt. Zweifellos werden sie jetzt, falls die deutsche Regierung zu einem ablehnenden Standpunkt gelangt, ihre schärfsten Mittel anwenden. Zu diesen zählt selbstverständlich die weitere Aushungerung. Zwar haben sämtliche neutralen Staaten erklärt, an einer neuen Blockade nicht mehr mitzuwirken, aber die Alliierten werden schon dafür sorgen, daß der neutrale Widerstand gebrochen wird. Die Würfel müssen fallen, möge der Wurf das deutsche Volk vor dem Schlimmsten bewahren!

*

Die Pariser Blätter veröffentlichen heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie einen Auszug aus den deutschen Gegenvorschlägen. „Le Journal" stellt den ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten den deutschen Gegenvorschlägen und dem endgültigen heute zu überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal": Die Volksabstimmung in Südschleswig wurde, entsprechend dem Wunsche der Dänen, aufgegeben, dagegen werden die Beschlüsse für Ostpreußen (Volksabstimmung im Bezirk Allenstein), für Westpreußen (teilweise Abtretung), für Danzig, Memel (internationalisierte Zonen) vollständig beibehalten. Die deutschen Vorschläge, betreffend Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke, werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interesse außerhalb Deutschlands verzichten soll, wonach aller öffentliche, private Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine, Teile seiner Fischereischiffe und Flußschiffe ausliefern soll, demzufolge die Oder und Elbe internationalisiert und die Telegraphenkabel konfisziert werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Revision der Anschauungen bedingen würde. Die ursprüngliche Fassung über die Wiedergutmachung und finanzielle Fragen wurden beibehalten, jedoch wird Deutschland 4 Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über welche diskutiert wird. Die Bedingungen über die Strafmaßnahmen bleiben unverändert.

In der Zusammenfassung erklärt „Journal": Abgesehen von den Zugeständnissen in Oberschlesien wird das territoriale Statut beibehalten. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald zu erfolgenden Veränderungen. Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedroht den Vertrag mit völliger Umwälzung.

Neue Gewaltstreiche in Sicht!

Wir erhalten aus dem Kohlenrevier folgende Zuschrift:

Nach einigen Wochen verhältnismäßiger Ruhe entfalten Spartakisten, Kommunisten, Syndikalisten und Unabhängige eine überaus rege Aktivität. Neues großes Unheil bereitet sich vor. Den früheren Streiks und Unruhen lag die Taktik stetiger Beunruhigung zu Grunde, die aber den Nachteil der Kräfteverzettelung in sich birgt. **Jetzt wird ein großer Schlag geplant von der Bedeutung eines Staatsstreichs.** Nach der Meinung der Verschwörer sind jetzt die Dinge zur Reife gediehen, um zu einem großen Gewaltstreich auszuholen, durch den die **Regierung gestürzt und die Räte-Republik zur Tatsache werden soll.** Als Zeitpunkt des Losschlagens haben die Verschwörer den Moment bestimmt, wenn der **Friedensvertrag** von der Regierung unterzeichnet oder abgelehnt wird. **Mag die Regierung handeln wie sie will, über den Friedensvertrag soll ihr das Genick gebrochen werden.** Zwar sind sich die linksstehenden Kampfgruppen, die zum Sturm rüsten, durchaus nicht einig, ob die Friedensbedingungen angenommen oder abgelehnt werden sollen. Unabhängige sind für die Unterzeichnung, Kommunisten dagegen. Jedoch sind sie sich insgesamt **einig darin, daß die Regierung gestürzt werden soll.** In einem Falle werden Unabhängige, im andern Falle die Kommunisten zum Sturme rufen, jedenfalls werden sie sich gemeinsame Hilfe leisten, um das Ziel zu erreichen: Sturz der Regierung und Herbeiführung des allgemeinen großen Kladderadatsches. Die Lage ist überaus ernst. Die größte Geschlossenheit innerhalb unserer Reihen wird notwendig sein, um die Gefahr des Ueberranntwerdens zu bannen.

Ueberaus bezeichnend ist die Haltung der Presse der Reaktion. Die kann kaum die Freude unterdrücken und sie möchte aufjauchzen vor Lust in der Erwartung der kommenden Ereignisse. Die Reaktion witiert Morgenluft! Es ist beinahe, als ob die Verschwörer von links und die Führer der Reaktion Hand in Hand arbeiten. Jedenfalls sind die Verschwörer die Hoffnung der Reaktionäre, die ernstlich hoffen, nach dem Sturze der Regierung Ebert-Scheidemann in den Sattel gehoben zu werden.

Ebert über Frieden und Sozialisierung.

Reichspräsident Ebert hatte mit ausländischen Journalisten, darunter einem Vertreter unseres Kopenhagener Parteiblattes, Besprechungen, in denen er u. a. sagte:

Werde Deutschland ein Friede aufgezwungen, der es wirtschaftlich und finanziell erdrosselt, der uns auf Jahrzehnte hinaus zum Schuldknecht der Ententekapitalisten macht, dann ist der Erfolg der Sozialisierung in Frage gestellt, weil uns z. B. das Verfügungsrecht über den Bergbau und seinen Ertrag genommen ist. Können wir nicht mehr über die nach dem Waffenstillstand uns noch verbliebenen Vertragsmittel verfügen, so weiß ich nicht, wie die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft durchgeführt werden soll. Das kennzeichnet eben die uns vorgelegten Friedensbedingungen, daß uns ein Friede aufgezwungen werden soll, der sich in erster Linie gegen die deutschen Arbeiter, gegen den Sozialismus richtet.

Auf die weitere Frage, ob er glaube, daß die Arbeiterschaft infolge der Sozialisierung besser gestellt sein werde, als zuvor, sagte der Reichspräsident:

Die Frage der Sozialisierung ist eine Frage der Organisation der Produktion. Die Sozialisierung kann nur dann zu einer wesentlichen wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter führen, wenn die Produktionsleistung höher ist als unter dem kapitalistischen Regime. Würde infolge mangelhafter Organisation der Produktion der Ertrag zurückgehen, sagen mit einmal, in Höhe des Mehrwertes, den die Kapitalisten einheimsen, so wäre eine Besserstellung der Arbeiterschaft möglich. Bliebe der Ertrag aber noch mehr zurück, so würde es den Arbeitern schlechter gehen, als unter der kapitalistischen Wirtschaft. Unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Sozialisierung ist also: Produktionssteigerung. In Deutschland kann die hochentwickelte kapitalistische Produktion nur überholt werden durch gemeinsame freudige und vertrauensvolle Arbeit aller im Betriebe erforderlichen Kräfte. Zu diesem großen Ziele führen nicht terroristische Gewaltakte, dieses Ziel ist nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen. Ohne Produktion keine Sozialisierung!

Die Gemeindewahlen in Bayern.

Am Sonntag fanden in Bayern die Gemeindewahlen statt. Sie haben sich meist durch eine recht flaue Wahlbeteiligung ausgezeichnet, wovon auch die großen Städte keine Ausnahme machten. Die Wahlen brachten hauptsächlich in München den Unabhängigen Erfolge, die aber nicht auf das Konto der Einsichtigen zu setzen sind, sondern in erster Linie der mangelnden Energie und Wahlenthaltung unserer Parteigenossen. In München haben 100000 Wähler ihre Pflicht nicht ausgeübt. Dann spielt auch die widerwärtige Demagogie der Unabhängigen eine Rolle, die — wie die „Münchener Post" hervorhebt — bei den ganz jungen Wählern und bei den Frauen Erfolg hatte. Auch die Erschießung Lewines schuf Mißvergnügte. Während in München die U. S. P. einen gewaltigen Vorsprung erhielt, hatte die Mehrheitspartei im Lande die unumschränkte Oberhand. Sie zählt bis jetzt 134 Vertreter, die Unabhängigen 40.

Das Ergebnis in München, deren Vertreter in der vorerwähnten Zahl nicht mit einbegriffen ist, ergibt: Die vereinigte Liste des Zentrums und der liberalen Bürgerpartei (Altliberale und Konservative), sowie der Hausbesitzer erhielt 77 981 davon 67 567 das Zentrum, die Unabhängigen Sozialisten 77 284, die Mehrheitssozialisten 45 559, die Deutsch-Demokraten 34 474. Bei der gleichzeitig erfolgten Bürgermeisterwahl erhielten Kultusminister a. D. v. Knilling 78 469, Schriftsteller Scheid (unabh.) 77 211, Redakteur und Landtagsabgeordneter Schmidt (Mehrheitssozialist) 45 678 Stimmen.

Im einzelnen sind folgende bemerkenswertere Wahlergebnisse aus den bayerischen Städten hervorzuheben. In den Stadtrat wurden gewählt: In Kempen 6 Bayerische Volksp., 6 Demokr., 4 Mehrheitssozialisten, 3 Nationalliberale, 1 U. S. P.; in Ingolstadt 15 Bayerische Volksp., 4 Demokr., 6 Mehrheitsoz., 4 U. S. P.; in Neuburg 2 Bayerische Volksp., 3 Demokr., 5 Mehrheitsoz. und 1 Bauernbund; in Bad Reichenhall 11 bürgerlicher Block, 5 Sozialdemokr., 4 Beamte; in Rosenheim 19 bürgerlicher Wirtschaftsblock, 9 Mehrheitsoz., 2 U. S. P.; in Bamberg 13 Bayer. Volksp., 7 Mehrheitsoz., 4 Demokr., 1 U. S. P.; in Regensburg 23 Bayer. Volksp., 7 Mehrheitsoz., 6 Demokr.; die U. S. P. proklamierte Wahlenthaltung; in Ansbach 15 Bürgerliche, 5 Mehrheitsoz., 3 U. S. P., 1 Gewerkverein; in Memmingen 10 Bürgerliche, 7 Mehrheitsoz., 2 U. S. P., 1 Mittelstandspartei und 2 Parteilose; in Illingen 11 Bayer. Volksp., 3 Demokr., 3 Mehrheitsoz., 1 Bauernbund; in Immenstadt 10 Vereinigte Bürgerliche, 7 Sozialdemokr., 2 Angestelltenverband und 1 Freie Bürgervereinigung; in Füssen i. Allgäu 9 Sozialdemokr. und 7 Bürgerliche; in Kaufbeuren 9 Sozialdemokr. und 8 bayer. Volksp. und in Landsberg a. Lech 11 bürgerliche Wirtschaftliche, 7 Sozialdemokr., 2 Deutsch-Demokraten, Würzburg 20 Bayer. Volksp., 7 Demokr., 8 Sehrheitsoz., 3 U. S. P., 2 Mittelstandspartei. Augsburg: 9 Demokraten, 8 Bayer. Volksp., 13 Sozialdemokr., 7—8 U. S. P.; Fürth: 14 Sozialdemokr., 10 U. S. P., 10 Demokraten, 3 Bayer. Volksp., 2 Interessenverein, 1 Beamtenliga; Erlangen: 11 Sozialdemokr., 10 Demokraten, 6 Bayer. Volkspartei und Mittelstandspartei und 3 U. S. P.; Passau: 10 Bayer. Volksp., 4 Demokr., 4 U. S. P., 2 Sozialdemokraten.

Verhandlungsbericht über die mangelhafte Lebensmittelversorgung.

In Veranlassung der wegen mangelhafter Lebensmittelverteilung entstandenen Unruhen fand am Sonnabend im Roten Saal des Rathauses eine Versammlung von Vertretern der Arbeiterausschüsse hiesiger industrieller Betriebe unter der von ihnen erbetenen Teilnahme der ortsanwesenden Mitglieder des Senates statt.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses des Dräger-Werkes Mundt. Dieser führte aus, daß infolge der hohen Preise und der geringen Zuteilung der Lebensmittel in der Bevölkerung eine ungeheure Erregung entstanden sei. Aufs höchste gestiegen aber sei die Erbitterung durch die Verteilung von teilweise verdorbenem und viel zu teurem Dosen-Pferdefleisch. Die Arbeiter, die heute die Arbeit niedergelegt hätten, verlangten daher vor deren Wiederaufnahme eine bestimmte Erklärung des Senats, daß mit allen Mitteln gegen den Schleichhandel und den Wucher mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsartikeln vorgegangen werden soll. Als einzig geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles müsse die Einsetzung einer von dem Arbeiterrat zu wählenden Kommission gefordert werden, der weitgehende Vollmachten zu Beschlagnahmungen usw. zu geben seien. Die Arbeiter hätten beschlossen, zugleich unter sich selbst mit schärfsten Maßnahmen gegen den Schleichhandel vorzugehen, derart, daß beim Schleichhandel betroffene Arbeiter aus dem Betriebe zu entlassen seien. Schleichhändler müßten ferner von Volksgerichten statt von Schöffengerichten abgeurteilt werden. Zur besseren eigenen Unterrichtung über die Möglichkeiten der Lebensmittelversorgung werde ferner verlangt, daß Vertreter der Arbeiter sich dem Senator Strack auf dessen Reisen nach Berlin in Lebensmittelangelegenheiten anschlössen. Auch sei die Entsendung von weiteren Arbeitern in das Landesversorgungsamt geboten. Einen anderen Beschwerdepunkt bildete die Ablehnung des Ersuchens des Arbeiterrats um Ueberlassung des Bürgerschaftssaales für seine Sitzungen, an dessen Stelle ihm nur die Aula des Johanneums oder der Marmorsaal vom Senate angeboten worden sei. Der Arbeiterrat müsse demgegenüber mit Entschiedenheit fordern, daß ihm, der vom Volke gewählt sei, seiner Bedeutung gemäß, der Bürgerschaftssaal überlassen werde und zwar schon zu seiner nächsten am Dienstag stattfindenden Versammlung.

Alle diese Forderungen wurden von zahlreichen Rednern auf das nachdrücklichste unterstützt und dabei noch eine Reihe anderer vorgebracht. So sei die Verteilung der Aale von Schlutup aus mangelhaft und ungerecht. Die Zwangswirtschaft für Eier müsse wieder eingeführt werden. Die Auslandslebensmittel müßten künftig abgestuft nach den Einkommensverhältnissen bezahlt werden. Die Preise für Lebensmittel- und Bekleidungsgegenstände müßten baldigst herabgesetzt werden. Aufregend wirke das üppige Leben der Badegäste in Travemünde, ihre Entfernung oder doch wenigstens ihre Verpflegung im Rahmen der rationierten Belieferung mit Lebensmitteln sei erforderlich. Mit großem Nachdruck wurden auch die Unzuträglichkeiten hervorgehoben, die sich durch den Strafzuschlag für Gasüberverbrauch, besonders für die Straßenbahner ergäben, da diese ihre Mahlzeiten nicht nach den Gaslieferungszeiten einzurichten vermochten und daher regelmäßig der Strafe verfielen.

Von den Mitgliedern des Senates ward auf alle diese Punkte erwidert. Den Bürgerschaftssaal für den Arbeiterrat herzugeben, habe der Senat bisher Bedenken getragen, da dieser Raum nach Rat- und Bürgerschluß ausdrücklich nur für Versammlungen der Bürgerschaft bestimmt sei, vom Senate daher nur im Einvernehmen mit der Bürgerschaft über seine anderweitige regelmäßige Benutzung verfügt werden könne. Auch habe der Senat nicht annehmen können, daß vom Arbeiterrat so entscheidender Wert auf die Ueberlassung gerade dieses Saales gelegt werde. Da dies aber der Fall sei, so sei er unter dem Vorbehalte der nachträglichen Einwilligung der Bürgerschaft bereit, ihn dem Arbeiterrat sofort zu überlassen. Die gegen den Schleichhandel und den Wucher gerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft könne der Senat nur willkommen heißen als eine hoffentlich wirksame Unterstützung seiner eigenen, hierauf gerichteten ernsten Bemühungen. Doch müsse seine Beschlußfassung über die Art der Einsetzung und die Befugnisse der sowieso schon geplanten Kommission des Arbeiterrats noch genau festgelegt werden. Volksgerichte zur Aburteilung der Schleichhändler einzusetzen, sei er jedoch gänzlich außerstande, da die Gerichtsbarkeit lediglich durch Reichsgesetz geregelt sei und nicht vom Senate abgeändert werden könne. Uebrigens gehören schon jetzt mindestens zwölf Schöffen dem Arbeiterstande an. Einer künftig vermehrten Berücksichtigung des Arbeiterstandes bei der Neuwahl der Schöffen stände grundsätzlich nichts entgegen. Die Abstufung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen sei, wie insbesondere die Senatoren Mehrlein und Henze ausführten, schon mehrfach erwogen worden, könne aber schwerlich zu dem erhofften Ziel führen, denn nach dem Bericht der Steuerbehörde für das Jahr 1917/18 hätten von den 23 475 Steuerzahlern Lübecks ein Einkommen bis zu 3000 Mk. 19 199 Personen, ein Einkommen bis zu 6000 Mk. im ganzen 21 767 Personen und ein solches bis zu 10 000 Mk. 22 235 Personen gehabt, sodaß nur 1708 Personen mit einem Einkommen über 6000 Mk. und gar nur 943 Personen mit einem Einkommen über 10 000 Mk. übrig bleiben. Diese wenigen Personen aber den Ausfall durch die Verbilligung der Lebensmittel für die Minderbesteuerten aufzubürden, sei unausführbar. Eine Entfernung der Badegäste aus Travemünde durch Zwang sei alleine schon wegen des Freizügigkeitsgesetzes unzulässig. Werde sie aber als unausbleibliche Folge einer strengen Rationierung der Gäste mit Lebensmitteln erzielt, so werde dies auf den entschiedensten Widerspruch der Travemünder, auch der sozialdemokratischen Arbeiter in Travemünde, stoßen, was aus deren Stellungnahme zu der Frage bei Beginn der Badezeit sich ergeben habe. Die Vertreibung der Badegäste würde die meisten Travemünder in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste beeinträchtigen, zugleich aber dem Lübecker Staat eine Einnahmequelle entziehen, auf die er in Anbetracht der dauernd steigenden Ausgaben ohne Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts nicht werde verzichten können. Was den Strafzuschlag für Gasüberverbrauch anlange, so sei diese Maßnahme natürlich an sich sehr erwünscht, lasse sich aber zwecks Gasersparung nicht vermeiden, solange nicht genug Kohlen für ausreichende Gaserzeugung vorhanden seien. Nichtsdestoweniger könne den dringendsten sich hierbei ergebenden Härten durch ein Entgegenkommen der Betriebsbehörde abgeholfen werden.

Der Senat zog sich hierauf zurück und gab nach seinem Wiedererscheinen folgende Erklärungen ab:

1. daß der Bürgerschaftssaal dem Arbeiterrat zur Verfügung gestellt wird, wenn die Bürgerschaft Einwendungen hiergegen nicht erhebe;
2. der Senat begrüßt die Ziele, die mit der Einrichtung der vom Arbeiterrat zu bildenden Kommission verfolgt werden. Er ist bereit, die Kommission mit nötigen Befugnissen auszustatten, damit ihre Ziele nach Möglichkeit erreicht werden. Es müssen aber diese Befugnisse bestimmt umrissen werden. Der Arbeiterrat möge eine Kommission wählen, dann werden im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Senates diese Befugnisse festgesetzt werden;
3. daß in das Landesversorgungsamt weitere Arbeitervertreter zu entsenden sind, für deren Benennung der Senat Vorschlägen des Arbeiterrats entgegensieht;
4. daß etwa zwei Personen aus Arbeiterkreisen Senator Strack auf seinen Reisen nach Berlin in Lebensmittelangelegenheiten begleiten sollen;
5. daß die Betriebsbehörde beauftragt wird, die Vorschriften über den Gasaufpreis so abzuändern, daß auf die besonderen Verhältnisse einzelner Berufskreise und auf Krankheitsfälle Rücksicht genommen wird;
6. die Vorschriften der Gerichte zu ändern ist unmöglich, die Schöffenwahlen haben für das laufende Jahr bereits stattgefunden und 16 Arbeiter sind zurzeit als Schöffen tätig.

Im Anschluß hieran wurde vom Senate die Mitteilung gemacht, daß er zwar Militär aus Eutin herangezogen, aber nur bis Schwartau habe kommen lassen, jedoch lediglich zu dem Zwecke, um für den Fall einer Wiederholung der vorgekommenen Plünderungen die öffentliche Ruhe sichern zu können. Gegenüber lebhaften Beanstandungen dieser Maßnahme ward vom Senate nachdrücklich betont, daß diese in keiner Weise etwa als gegen die Arbeiterschaft gerichtet, vielmehr nur dafür bestimmt gewesen sei, daß, falls die Arbeiterschaft selbst wider Erwarten der Unruhen nicht habe Herr werden können, geeignete Hilfe bereit sei. Nachdem hierauf die Vertreter der Arbeiterausschüsse die bestimmte Erklärung abgegeben hatten, daß sie die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernähmen, erklärte der Senat seinerseits, daß er umgehend Anordnung zur sofortigen Zurückziehung der Truppen geben werde. Da sich gegen Schluß der lang andauernden Verhandlungen vor dem Rathause eine große Menschenansammlung gebildet hatte, so begab sich der Verhandlungsleiter Mundt auf den Balkon des Rathauses, um von dort aus die Menge durch Mitteilung der getroffenen Vereinbarungen zu beruhigen. Nachdem hierauf noch drei aus der Menge entsandte Vertreter sich in das Rathaus begeben, über den Verlauf der Verhandlungen und deren Ergebnis sich unterrichtet und hiervon den vor dem Rathause Versammelten gleichfalls von dessen Balkon aus Mitteilung gemacht hatten, ging die Menge allmählich auseinander.

Von der Verhandlungskommission geht uns noch folgender Bericht zu:

Zu Beginn der Verhandlungen waren drei Senatoren, darunter die Sozialdemokraten Mehrlein und Henze erschienen. Das Verhandlungskommissionsmitglied Knapp erhob dagegen Protest und erklärte, daß er es für falsch halte, daß nicht der gesamte Senat bei den Verhandlungen zugegen sei. Es scheine ihm, als ob der Senat noch nicht den Ernst der Zeit erfaßt habe. Da die Arbeiterschaft viele Wünsche vorzutragen habe und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates nicht als Blitzableiter für die übrigen Senatoren dienen sollen, ersuchte Redner um sofortige Hinzuziehung der letzteren.

Zu den Ereignissen des 14. Juni.

Noch immer bilden die Ereignisse des letzten Sonnabends den Gegenstand lebhafter Erörterungen in unserer Bevölkerung. Das ist sehr begreiflich, denn ihre Wirkungen sind in vollem Umfange noch garnicht abzusehen. Notwendig ist es aber auch, ihre Ursachen einmal einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Zweifellos steht fest, daß den äußeren Anlaß dazu die ungenügende Lebensmittelversorgung bildete und vor allem der Umstand, daß man es wagte, der hiesigen Einwohnerschaft seitens des Landesversorgungsamtes Dosenpferdefleisch anzubieten, dessen Preis um ein Mehrfaches höher war, als der jetzt übliche Preis für frisches Rindfleisch, und von dem obendrein ein erheblicher Teil als verdorben bezeichnet werden muß. Sicherlich hat das Landesversorgungsamt, dem ja auch Arbeitervertreter angehören, geglaubt, mit dem Erwerb dieses Pferdefleisches, dessen Proben einwandfrei gewesen sind, die Entbehrungen unserer Bevölkerung in den schlimmsten Zeiten der Fleischnot etwas mildern zu können und so der Stadt einen Dienst zu erweisen. Die Absicht ist löblich, aber dennoch halten wir den beschrittenen Weg für falsch. Man mußte damit rechnen, daß schon der Wucherpreis von 6,25 Mark für ein Pfund Pferdefleisch bei den Minderbemittelten, die es doch in erster Linie konsumieren sollten, große Erbitterung erregen würde. Die Leute wünschen mit Recht billigere Nahrungsmittel und dieses teure Pferdefleisch nahm sich aus wie eine Verhöhnung derartiger Forderungen.

Für 6,25 Mk. kann man sogar zum heutigen Phantasiepreis 5 bis 6 Eier erhalten und die sind vielen gewiß lieber als ein Pfund Pferdefleisch mit der verlockenden Aufschrift „Kriegsgefangenennahrung". Arme Kriegsgefangene! War es wirklich unmöglich, in der letzten Woche Fleisch auszugeben, so hätte sich

gewiß die hungernde Bevölkerung, wie mit so vielem, auch damit abgefunden, wenn man ihr irgend ein einigermaßen genügendes Ersatzmittel verabfolgt hätte. Durch die verfehlten Maßnahmen des Landesversorgungsamtes ist unserem Staatswesen und seinen Angehörigen jetzt ein erheblicher Schaden zugefügt worden und die verantwortlichen Personen müssen dafür unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden.

Wenn so der äußere Grund zu den Vorkommnissen des 14. Juni ohne weiteres klar zu sein scheint, so ist es doch wohl nicht ganz überflüssig, auf gewisse Begleiterscheinungen einzugehen. Sehr begreiflich ist die Erregung derjenigen Kreise unserer Einwohnerschaft, die hungert und an Unterernährung leidet, während die Wohlhabenden noch immer für Geld im Ueberfluß leben können. Bisher haben ihre immer wiederholten Forderungen auf Aenderung dieses Zustandes wenig gefruchtet. Wucher und Schleichhandel blüht wie nie zuvor. In solchen Zeiten sind hungernde Leute leicht zu Unbesonnenheiten geneigt. Und der Mob fischt im Trüben. Weil das der Fall ist, sollten diejenigen, die das wissen und Unbesonnenheiten vermieden sehen möchten, sich hüten, dazu Gelegenheit zu geben.

Wie Genosse Beck schon am Sonnabend in der Bürgerschaft ausgeführt hat, ist es früher nicht üblich gewesen, daß die Arbeiter plötzlich die Fabriken verließen, um zu demonstrieren, ohne vorher ordnungsgemäß in den Gewerkschaften beraten zu haben. Gerade der Planmäßigkeit und Ueberlegtheit ihrer Handlungen hat die organisierte Arbeiterschaft bisher ihre Erfolge verdankt. Der hier am Sonnabend eingeschlagene Weg ist der von den Spartakisten propagierte. Daß auch Gewerkschaftler, sowie viele zur alten Sozialdemokratie gehörige Arbeiter ihn mit beschritten haben, kann bedenklich stimmen. Als während der Demonstration das Unheil immer größer wurde, kamen zahlreiche der letzteren zu der Einsicht, daß die kommunistische Taktik nur zu Unruhen führt und ersuchten führende Genossen, nun den Sturm zu beschwören. Das war aber unmöglich geworden. Bezeichnend ist es auch, daß in den verschiedensten Kommissionen der Demonstranten, besonders in den Suchkommissionen, die Spartakisten die erste Geige spielten; auch die Unabhängigen traten nach ihnen in den Vordergrund. Sollte das nicht zu denken Anlaß geben?

Es scheint uns unbedingt notwendig, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter sich eingehend mit der Sache beschäftigen und sich klar darüber werden, ob hier auch in Zukunft die spartakistischen Methoden angewendet werden sollen, oder ob man nicht doch zweckmäßiger an der früheren erfolgreichen gewerkschaftlich-sozialistischen Taktik festhält. Daß die Spartakisten letztere verwerfen, ist angesichts ihrer Ziele begreiflich, kann aber für Sozialdemokraten kaum ein Grund sein, sie aufzugeben.

Wir wollen es auch unterlassen, auf die Tatsache näher einzugehen, daß die Demonstration auch dazu benutzt wurde, Forderungen durchzusetzen, die mit der Lebensmittelversorgung garnichts zu tun haben und über die im Kreise derer, die sie in erster Linie angehen, noch nicht einmal Beschluß gefaßt worden ist.

Der Schaden, der durch die Unruhen am letzten Sonnabend für Lübeck angerichtet wurde, kann noch garnicht abgeschätzt werden, denn er ist weit größer, als etwa die Summen der entwendeten Gegenstände und die vernichteten Werte. Die Steuerzahler werden ihn wahrscheinlich noch empfindlich zu spüren bekommen.

Für die Kommunisten war das zu Wucherpreisen ausgegebene verdorbene Pferdefleisch zweifellos „ein gefundenes Fressen“.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 17. Juni.

Achtung, Arbeiterjugend! Am Mittwoch abend 7½ Uhr findet im Jugendheim, Wahmstraße, ein Vortrag statt, in dem Genosse Mirow über „Riga, Land und Leute“ sprechen wird. Es wird ein interessanter Abend werden, der hoffentlich recht zahlreich besucht wird.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 23. Juni, abends 6 Uhr, statt.

Einen scharfen Protest legt die Verhandlungskommission gegen die Behauptungen der „Lüb. Anzeigen“ in ihrer Montagsausgabe, wonach die ganze Sache vom Sonnabend von langer Hand vorbereitet sei, ein. Die Kommission erklärt, daß von einer Vorbereitung nicht geredet werden kann, die Ereignisse hätten sich ganz spontan aus der Erregung des Volkes heraus gebildet. Für die am Sonnabend vorgenommenen Haussuchungen lehnt die Kommission die Verantwortung ab, da ihrerseits der Auftrag dazu nicht erteilt sei. Wenn mancherlei gefunden wurde, so ist das nicht der Beweis dafür, daß man die Sache vorbereitet hatte, sondern es beweist vielmehr, daß manche Leute sich sehr viel zusammengehamstert hatten. Die Verdächtigungen, die gegen die neugebildete, mit Ausweisen versehene Fahndungskommission erhoben werden, beruhen auf niederträchtige Verleumdung. Die Kommission ist parteilos aus rechtschaffenen, ehrlichen Arbeitern zusammengesetzt. Dunkle Elemente, die ihre Tätigkeit zu Diebstählen ausnützen, sind dazu nicht genommen worden. Der Schreiber des schmutzigen Artikels darf nicht glauben, daß nur in seinen Kreisen ehrliche und anständige Leute zu finden sind. Nein, das Gegenteil ist oftmals der Fall. Die Tätigkeit der Lübecker Arbeiter ist von allen Seiten lobend anerkannt. Da sollte das Amtsblatt diese Arbeiter nicht gleich wieder mit Schmutz bewerfen und in niederträchtiger Weise verdächtigen.

Die Verhandlungskommission.

Zu den Plünderungen in Lübeck. Zu den Tagesnotizen des General-Anzeigers vom 14. 6. abends und 15. 6. morgens und Rechtfertigung der republ. Soldatenwehr des Genossen Pagels möchte ich noch folgendes erwähnen, um Klarheit zu schaffen, wo denn an diesem Tage die Sicherheitswehr war. Am 14. 6. morgens 9 Uhr kam es in der Markthalle zu Ausschreitungen und eine größere Anzahl Frauen begab sich zum Senator Strack auf das Steuerbureau. Ich befand mich zu dieser Zeit gerade im Steueramt und wurde telephonisch vom Senator Dr. Lienau und Polizeimajor Grünweller gebeten, nach deren Bureau zu kommen, da sich auch dort größere Massen eingefunden hätten. Ich ging sodann mit den Herren zum Rathause, weil dort eine Sitzung um 9½ Uhr stattfinden sollte; es folgten ca. 200—300 Frauen. Vor dem Rathause angekommen, versuchte die hungernde Masse mit Gewalt ins Rathaus zu dringen, welches ich persönlich verhinderte. Es kamen dann einige Kameraden der RSW., welche sich nicht in Dienst befanden, mir zur Hilfe und so gelang es, die Masse vom Eindringen in das Rathaus fernzuhalten. Die Situation wurde von Minute zu Minute größer und gefahrvoller und war wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet. Von der RSW. war der 2. Zug 200 Mann vom 13. 6. mittags bis 14. 6. mittags in Dienst, die restlichen 200 war die Ablösung. Von den erstgenannten 200 Mann befanden sich auf einzelne Posten verteilt im Gebiete der Stadt ca. 160—170. Der Rest, ca. 30 Genossen, befand sich auf der Hauptwache (Turnhalle Mühlenstraße). Diese 30 Kameraden, welche ich sofort zur Verfügung hatte und der 1. Zug, welcher sofort alarmiert war, traten in volle Tätigkeit. Mit diesen 400 Mann war es aber nicht sofort möglich, gleichzeitig in der Stadt die Ausschreitungen sofort zu unterdrücken, da die überwiegend größere Anzahl für die Bewachung nationalen Eigentums und einzelner wichtiger Gebäude wie Kühlhaus und Konservenfabrik Cadow, Hansa-Meierei, Lebensmitteldepot, Bahnhof, Hafen, Banken, größere Warenhäuser, Zuchthaus, Marstallgefängnis usw. usw. in Frage kam. Deshalb wandte ich mich um 11 Uhr durch eine kurze Ansprache an die versammelten Arbeiter auf dem Marktplatz, dieselben möchten mir zur Seite stehen, um über den Mob und Janhagel Herr werden zu können. Diesem Wunsche wurde im weitesten Maße Rechnung getragen und so hatte ich um 11 Uhr nicht nur 400 Sicherheitswehrleute (die RSW. besteht auch nur aus organisierten Arbeitern), sondern zusammen mit den Arbeitern ca. 700 Genossen, welche bereits den Ordnungsdienst zur vollsten Zufriedenheit leisteten, und nur so war es mir möglich, die hungernde Masse in Schach zu halten, damit nicht noch mehr fremdes Eigentum genommen und weitere Ausschreitungen verhindert wurden. Um 10 Uhr abends war in Verbindung mit der Polizei die Ruhe und Ordnung in der Stadt wieder hergestellt. Wäre ich von dem Vorhandensein der Lebensmittelvorräte (Speck usw.) bei den Firmen Oldörp u. Jürgens, Behn u. Sohn und Boye u. Schweighoffer von den zuständigen Behörden, speziell Herrn Senator Strack, in Kenntnis gesetzt worden, so wären auch diese Läger nicht den Plünderern anheim gefallen, sondern rechtzeitig mit den Wehrleuten und Arbeitern besetzt worden, genau so, wie ich es mit den anderen wichtigen Gebäuden getan habe. Man kann aber nicht verlangen, daß bei solchen Unruhen jedes einzelne Privatgebäude bewacht sein kann, denn so viel Sicherheitsmannschaften stehen mir leider nicht zur Verfügung. Infolge Abbau der Wehr standen mir nicht genug Mannschaften im ersten Moment zur Verfügung und so konnte es geschehen, so bedauerlich es ist, daß einige Lokale und Geschäfte von den gereizten und hungernden Volksmassen geplündert und geschädigt wurden. Es lag aber kein Grund vor, mit Waffengewalt gegen ein ausgehungertes Volk, welches durch den Krieg und durch das Elend am Rande der Verzweiflung angelangt ist, vorzugehen. Gegen den Mob und Janhagel ist selbstverständlich mit Waffengewalt eingeschritten worden. Hätte das hungernde Proletariat gesehen, daß auch die besser Bemittelten der Stadt genau so wie sie hungern, dann würde auch das Volk diesen Hunger mit Geduld tragen, aber die Haussuchungen, welche leider zum Teil in wilder Form und zu Ausschreitungen ausarteten, haben ja zur Genüge gezeigt, daß eine große Anzahl der Reichen noch nicht darbt, und daher die gerechte Empörung der breiten Massen. Mit Beweisen stehe ich jedem in dieser Beziehung zur Verfügung. Daß die Wehr sich in diesem Falle neutral hielt, ist nicht der Fall. Nur ein Angehöriger der Wehr verweigerte den Dienst und wurde sofort entlassen. Ich nehme an, daß hiermit auch die Frage des Herrn Dr. Wittern beantwortet ist und die übrigen Bürgerschaftsmitglieder eine andere Meinung erhalten und anders urteilen werden als in der Sitzung am Sonnabend. Hiermit muß ich also feststellen, daß die republ. Soldatenwehr ihre Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz getan hat. Erwähnen möchte ich noch, daß es nicht empfehlenswert gewesen wäre, das Freiw.-Bataillon Eutin in diesem Falle in Lübeck einmarschieren zu lassen, denn dann wäre es sicher noch zu viel größerer Unruhe und womöglich zum Kampf gekommen.

Huckfeldt, Führer der republ. Soldatenwehr.

Die Kommunisten-Versammlung, die gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, war zwar etwas besser wie sonst, aber doch nicht sehr stark besucht. Die Absicht der Kommunisten, aus den Vorgängen am Sonnabend Kapital zu schlagen, dürfte nicht erreicht sein. Der Referent Wolffheim-Hamburg sprach im Gegensatz zu den Rednern der früheren Versammlungen in sachlicher Weise, ohne zu schimpfen. Ausgehend vom Kommunistischen Manifest, schilderte er die Entwickelung der Sozialdemokratie bis zur Gegenwart. Ausführlich wurde das Rätesystem im Gegensatz zur Nationalversammlung erörtert. Diese sei auch dann ein bürgerliches Parlament, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit darin haben würde. Dagegen sei das Rätesystem immer ein proletarisches System. Im Räresystem solle die Diktatur des Proletariats liegen. Die wichtigste Frage sei nicht die Einigung der Parteien, sondern die Einigung der proletarischen Macht. In der Diskussion sprachen nur Kommunisten. Kruse verwahrte sich dagegen, daß die Kommunisten geräubert und geplündert hätten. Räubereien und Plünderei seien zu verwerfen. Den Arbeitern rief er zu, daß sie eine Flinte und Munition verlangen sollten, damit sie selbst für Ruhe sorgen könnten; das wäre die beste Sicherheitswehr. Nachdem noch eine Sammlung vorgenommen war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Revolution geschlossen.

1,75 Mk. und 6,00 Mk. Aufreizende Preise sind wieder in den Schaufenstern angebracht. Man sieht z. B. Apfelsinen ausgestellt, von denen das Stück 1,75 Mk. kostet. Wer kann diese Preise bezahlen? Werden die Früchte im Ausland so teuer eingekauft, dann mögen sie die Italiener behalten; werden sie aber im Inland durch Schiebergeschäfte auf diese Höhe getrieben, dann muß nachgeprüft werden, wer den Wucherpreis in die Tasche steckt. Die ersten Erdbeeren sind ebenfalls auf den Markt gekommen. Sechs Mark wird für das Pfund gefordert. Sechs Mark für inländische Frucht! Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man diese Unverfrorenheit mit ansehen muß.

Verlängerung der Kündigungsfrist gegenüber Kriegsbeschädigten. Die Frist, innerhalb der Kriegsbeschädigten nicht gekündigt werden darf, ist, wie unser Berliner Vertreter mitteilt, bis zum 1. September hinausgeschoben worden. Bis dahin hofft die Regierung den Anstellungszwang gesetzlich geregelt zu sehen.

Neue Vorschriften und Mitteilungen. Ueber einen schweizerischen Submissionsanzeiger in Zürich sind der Handelskammer vertrauliche Mitteilungen zugegangen, die von Interessenten in ihrer Kanzlei, Breite Straße 6 eingesehen werden können. Ueber den Briefverkehr mit Handelsfirmen in gewissen überseeischen neutralen Ländern sind der Handelskammer neue Vorschriften zugegangen, die für Interessenten zur Einsichtnahme in der Kanzlei der Kammer, Breite Straße 6, ausliegen.

Dampferverbindung Naestved—Lübeck. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat sich ein Konsortium gebildet, das vorläufig einmal wöchentlich eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Naestved und Lübeck einrichten will. Man verspricht sich von der neuen Verbindung einen großen Vorteil für den Handelsstand Seelands mit Deutschland, wenn die Verhältnisse erst wieder normale Formen angenommen haben werden.

Eine neue Reichspostkarte. Eine neue amtliche Postkarte mit Wertstempel wird von der Reichspost vorbereitet. Am 1. Juli werden, wie wir berichtet hatten, Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung zu 10, 15 und 25 Pfg. ausgegeben. Auch die neue Postkarte ist hierfür bestimmt. Sie erhält den Wert von 10 Pfg., wie sie jetzt im Fernverkehr verwendet werden muß.

Eine blutige Tat ereignete sich in dem Hause Friedrichstr. 1. Der dort wohnende Schutzmann Schönhütte und seine Ehefrau wurden mit Schußwunden im Kopfe in den Betten liegend aufgefunden. Während die Frau bereits tot war, zeigte der Mann noch schwache Lebenszeichen. Er wurde nach dem Krankenhause geschafft, wo er verstorben ist. Die Tat scheint von der Ehefrau aus Eifersucht begangen zu sein, da Sch. mit einer anderen Frau ein Verhältnis gehabt haben soll, wovon die Frau erfahren hatte.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn macht bekannt, daß die Fahrkarten jetzt wieder viertägige Gültigkeit haben. Fahrkarten können also wieder am Tage vorher gelöst werden.

* **Wegen Straßenraubes festgenommen** wurde der Knecht Ernst Bernhard Kurztisch, geb. am 23. Februar 1901 in Rönnau. Dieser hatte einer in Travemünde wohnhaften Dame, die sich dort auf einem Spaziergang befand, eine Handtasche mit 365 Mk. mit Gewalt entrissen. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß Kurztisch in letzter Zeit 6 Fahrräder in Travemünde gestohlen hatte, die er in dortiger Gegend verkaufte. Der Festgenommene ist bereits wegen Diebstahls vorbestraft.

* **Ermittelt und festgenommen** wurde eine Köchin aus Zarpen, die in dem dringenden Verdacht steht, einer Geschäftsführerin in Osnabrück 1400 Mk. gestohlen und von einem dort in Dienst befindlichen Dienstmädchen verschiedene Kleidungsstücke, Wäsche, Hut und Stiefel erschwindelt zu haben.

* **Wegen Zechprellerei** wurde ein stellungsloser Handlungsgehilfe aus Eisenach festgenommen. Der Festgenommene hatte sich unter einen ihm nicht zukommenden Namen in einem Travemünder Gasthof einquartiert, hatte dort gegessen und getrunken, ohne in der Lage zu sein, seine Zeche bezahlen zu können.

* **Diebstahl.** In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. ist aus einem Geschäft der Mühlenstraße eine Schreibmaschine, Marke „Remington (Fay) Scholes“ gestohlen worden.

Klütz. Eine große Massenversammlung auf dem Marktplatz fand hier am Sonntag mittag statt. Aus dem Flecken und den Dörfern der Umgegend waren die Arbeiter mit ihren Familien gekommen und hörten mit größtem Interesse die Ausführungen des Genossen Löwigt-Lübeck an, der die politische Lage beleuchtete und die Versammelten zur Solidarität und zum Selbstbewußtsein aufforderte. Dann formierte sich ein mächtiger Zug, der sich nach dem Tiergarten bei Hoßumfelde bewegte, wo eine gut verlaufene Festlichkeit veranstaltet wurde.

Warnsdorf. Eine stark besuchte Versammlung tagte am Freitag abend in Reeses Gasthof, zur Gründung eines Landarbeiter-Verbandes. Als Referent war der Kollege Leers aus Quisdorf bei Eutin gewonnen. In 1½stündiger Rede schilderte er die Notlage der Landarbeiter und betonte, daß nur durch eine feste Organisation Besserung zu erreichen sei. Es konnte sofort eine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden. Ein Vorstand und Ausschuß wurden gewählt und die Versammlung an jedem 2. Sonntag im Monat festgesetzt.

Hamburg. Auf eine Mine gelaufen und gesunken. In der Nordsee ist der Dampfer „Mainz“ auf eine Mine gelaufen und ging verloren. Die gesamte Besatzung wurde gerettet und von dem französischen Torpedojäger „Destin“ nach Brunsbüttel gebracht. Auch der Hamburger Fischdampfer Elstorf ist das Opfer eines Minenunglücks geworden. Von der zehn Mann starken Besatzung sind fünf Mann gerettet. Weiter wird gemeldet, daß der schwedische Dampfer Vesterby auf eine Mine lief, die ihn zerstörte. Drei Mann wurden verletzt.

Neueste Nachrichten.

Die Raubpolitik der Alliierten wird verwirklicht. — Danzig Freistadt. — Die Kolonin verloren.

Versailles, 17. Juni. Die Antwort der alliierten und associierten Mächte erklärt, der vorgeschlagene Friedensvertrag sei von Grund auf ein Gerechtigkeitsfriede und entspreche in allen Teilen den von Wilson angenommenen Grundsätzen.

Im einzelnen wird gesagt, daß an der Ostgrenze überall dort, wo der Volkswille zweifelhaft sei, eine Volksabstimmung stattfinden soll. Danzig soll als Freistadt von Deutschland abgelöst werden, um Polen eine freie Zuwegung zum Meere zu geben, aber nicht ein Bestandteil Polens werden. Ob Oberschlesien zu Deutschland oder Polen gehören soll, wird durch Volksabstimmung entschieden. Die politischen Bestimmungen über das Saargebiet bleiben unverändert. Die Abtretungen Deutschlands an Dänemark und Belgien sollen nur nach dem Ergebnis freier Abstimmungen erfolgen.

Deutschland erhält seine Kolonien nicht zurück. Es wird betont, daß die Note das letzte Wort der Alliierten sei. Sie enthält die Grundlinien des Vertrages aufrecht. Die Alliierten werden aber bedeutende Zugeständnisse in der Anwendung gewähren, falls sich die deutsche Delegation binnen fünf Tagen bereit erklärt, den Vertrag, so wie er heute ist, zu unterzeichnen. Erfolgt die Erklärung, wird die sofortige Unterzeichnung in Versailles stattfinden. Andernfalls wird die sofortige Aufkündigung des Waffenstillstandes erfolgen und die Mächte werden Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Armes Deutschland!

Versailles, 16. Juni. Die deutsche Delegation ist abgereist. Die Abreise vollzog sich unter lautem Johlen und Pfeifen der Volksmenge. Die Menge warf mit Steinen und verletzte Dr. Hans Meyer und die Sekretärin des Ministers Giesberts sowie zwei weitere Delegiert. Die ursprüngliche Frist von fünf Tagen ist auf sofortigen Antrag um 48 Stunden verlängert worden.“

Der gut unterrichtete Korrespondent der bayerischen „Staatszeitung“ meldet seinem Münchener Blatt, das Reichskabinett stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein nicht wesentlich abgeänderter Friedensvertrag nicht unterzeichnet wird. In Weimar nimmt man an, daß ein unter dem Druck des Einmarsches der Entente gebildetes neues Reichskabinett für die Unterzeichnung des Friedensvertrages keine parlamentarische Mehrheit finden wird.

Graf Brockdorff-Rantzau wird Mittwoch morgen in der Nationalversammlung über den Friedensvertrag sprechen.

Der Berliner Zeitungsstreik.

Berlin, 17. Juni. Der „Vorwärts“ ist heute früh erschienen. Die Ausständigen unternahmen bereits Schritte, um das Weitererscheinen zu verhindern. Die Regierung ließ an den Anschlagsäulen amtliche Nachrichtenblätter anschlagen, um die wichtigsten Meldungen zu veröffentlichen.

Der letzte Polenzug.

Berlin, 17. Juni. General Nudant ließ der deutschen Waffenstillstandskommission mitteilen, daß der letzte Polenzug am 22. Juni, abends 9 Uhr, abgehe. Sollten sich Aufenthaltsstörungen ergeben, würde sich die Durchzugsdauer verlängern.

Streiks im Reiche.

Magdeburg, 17. Juni. Infolge Lohnstreiks der Heizer sind alle hiesigen Großbetriebe stillgelegt worden. Auch die Metallarbeiter beabsichtigen in den Ausstand einzutreten.

Berlin, 17. Juni. Der Streik im Berliner Buchdruckereigewerbe hat am Montag eine weitere Verschärfung erfahren. Auch die kleinsten Betriebe sind jetzt lahmgelegt. In der Sitzung der Berliner Buchdruckereibesitzer wurde mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsamt vermittelnd eingreift. Der Schiedsspruch, dem sich die Buchdrucker und Buchdruckereibesitzer unterwerfen wollen, dürfte heute fallen.

Streiks in Kopenhagen.

Kopenhagen, 17. Juni. Im Kopenhagener Hafen kam es Montag zu kleineren Streiks mit dem Ergebnis, daß nachmittags die gesamte Arbeit im Hafen lahmgelegt wurde. Die Hafenarbeiter verlangten von Schiff zu Schiff einen Tagelohn von 18 Kronen. Ein Teil der in fester Fahrt befindlichen Dampfer mußte bereits auflegen. Andere halten nur noch den Personenverkehr aufrecht.

Aus Svendborg in Dänemark melden bürgerliche Blätter, daß es zwischen der Besatzung eines deutschen Handelsschiffes und der Besatzung eines dänischen Torpedobootes zu einem Zusammenstoß kam, der durch die Vermutung hervorgerufen wurde, daß die deutschen Matrosen ein dänisches Manufakturwarengeschäft geplündert hätten. Die Polizei von Svendborg versuchte, die Deutschen zu verhaften, die mit Gewehren und Säbeln angriffen und verprügelt wurden. Ein Kommando des Schiffes verhaftete die deutschen Matrosen, die Manufakturwaren wurden später in einem Boot gefunden. Die Meldung sagt nichts darüber, ob das Boot den Deutschen gehörte, bezw. ob die Deutschen überhaupt an der Plünderung des Geschäftes beteiligt waren.

Erfolg der Sowjet-Truppen.

Helsingfors, 17. Juni. Einen bedeutenden Erfolg haben die Moskauer Sowjettruppen errungen. Sie haben nach dreitägigem harten Kampf Ofa eingenommen. Es wird als der bedeutendste militärische Erfolg der letzten Monate bezeichnet. Sie machten viele Gefangene und große Beute.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, die im Besitz von Gegenständen sind, welche den Eigentümern bei den heutigen Plünderungen abhanden kamen, werden aufgefordert, diese bis spätestens Dienstag abend, den 17. Juni, an die Kriminal-Polizei, Schüsselbuden 16, abzuliefern.

Den Rückliefernden wird Straflosigkeit zugesichert.

Lübeck, den 14. Juni 1919. 3665

Das Polizeiamt.

Verkauf von Salzheringen.

In der Zeit vom 18.—25. Juni 1919 können in den nachstehend verzeichneten Geschäften

ca. 125 Gramm Sloevollheringe

zum Preise von Mk. 1.80 für das Pfund

abgegeben und entnommen werden gegen Abtrennung des Abschnittes 5 des neuen Lübecker Fischkartenheftes, gegen Abstempelung der Fischkarte für den Bezirk Travemünde, gegen Abstempelung des Fischkartenheftes für den Bezirk Schlutup, Kücknitz, Siems-Dänischburg.

Gefäße und Einwickelpapier sind mitzubringen.

Die Händler in Lübeck haben die gesammelten Abschnitte spätestens am 27. Juni 1919 unter Angabe des Restbestandes an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Str. 651 Zimmer 3, abzuliefern.

Lübeck, den 17. Juni 1919. (3642

Das Landesversorgungsamt.

Verkaufsstellen:

Behrend, Wilh., Brockesstr. 20,
Berger, Friedr., Warendorpstraße 32,
Badstein, Wilh., Schwönekenquerstraße 11,
Bartels, A., Lindenstr. 43,
Bartels, Gust., Marlistr. 21 b,
Begasse, Gebr., Sandstraße 22,
Begasse, Gebr., Uhlandstr. 7,
Behm, F. J., Hansastr. 97,
Bening, Rich., Kronsf. Allee 6a,
Bibow, F. J G., Engelsgrube 57,
Blöß, Joh., Fleischhauerstr. 15,
Borgwardt, J., Kronsf. Allee 29,
Breede, Joh., Dankwartsgr. 37,
Brincker, Rud., Hüxtert.-Allee 5,
Buhrmann, T., Holstenstr. 23,
Büsen, Reinh., Arnimstr. 1a,
Butz, W., Warendorpstr. 34,
Danielsen, Ad., Moisl. Allee 25,
David, Heinr., Feldstr. 2,
David, C., Elswigstr. 4a,
Delikatessenhaus „Hansa“, Hüxstr. 113,
Erdmann, Ludw., Fleischhauerstraße 7,
Fick, A. J. H., Wakenitzstr. 7,
Finke, E., Spillerstr. 5,
Grube, Bernh., Lachsw.-Allee 25,
Hardt, Conrad, Hüxstr. 126,
Hartwig, Ludw., Obertrave 8,
Hayessen, Gerh., Mühlenbrücke 1c,
Heitmann & Co., Königstr. 83,
Hinz, Karl, Breite Str. 55,
Holtermann, H. H., Marktmiete 4,
Judersleben, Fr., Hüxstr. 51,
Kibbel, Jul., Wahmstr. 5—7,
Konsumverein, in allen Verkaufsstellen,
Kruse, Fritz, Schüsselbuden 32,
Lege, Ludw., Elswigstr. 4,
Lohse, H., Johannisstr. 65,
Mangels, F. W., Obertrave 4,
Maß, Bernh., Roeckstr. 16,
Matern, M., Pfaffenstr. 7,
Meckenhäuser Nachflg., Pfaffenstr. 16,
Meese, Fr., Johannisstr. 80,
Meins, H., Dankwartsgrube 50,
Menges, H., Marlesgrube 20,
Meyer, Chr., Hansastr. 111,
Möller, Wilh., Moisl. Allee 57a,
Mollenhauer, Nachflg., Holstenstraße 36,
Mull, Conrad, (Inh. W. Beckmann), Beckergrube 33,
Negel, Richard, Hohelandstr. 47,
Otte, Th., Fünfhausen 33,
Pagels, Ernst, Glockengießerstraße 71,
Petersen, Joh., Morkerkestr. 13a,
Piper, C., Blücherstr. 23,
Prinzlin, Herm., Waisenhofstraße 9a,
Rahlf, E., Meierstr. 56,
Roßbach, H., Fackb. Allee 195,
Scheel, Heinr., Kupferschmiedestraße 12,
Schlieper, F., Glockengießerstraße 81,
Schlichting, W., Johannisstr. 53
Schnoor, Karl, Wickedestr. 14,
Schröder, H., Meierstr. 45,
Schütt, H., Augustenstr. 14/14a,
Schwarcke, Herm., Karpfenstraße 11a,
Schwedt, Franz, Gr. Burgstraße 29,
Speck, Ed., Hüxstr. 80/82,
Tews, Martin, Adolfstr. 7,
Thomsen, Hans, Moisl. Allee 2,
Trstow, Paul, Schlumacherstr. 27,
Trosiener, Fr., Mühlenstr. 87,
Uhlich, A. L. W., Johannisstr. 11,
Uter, J. G., Kronsf. Allee 12b,
Volkstaadt, Fr., Beckergrube 37,
Wanzenberg, Werner, Falkenwiese 10,
Wegener, Hans, Wahmstr. 10,
Welcher, Ludw., Lange Reihe 2,
Wiegers, J. J. H., Aegidienstr. 70,
Wichmann, Ad., Beckergrube 56,
Wils, Karl, Elswigstr. 32,

Halupka, P., Kücknitz,
Konsumverein des Hochofenwerks, Kücknitz,
Heß, Ernst, Moisling,
Kranz, M., Schlutup,
Barkmann, Karl, Schlutup,
Bargmann, G., Travemünde,
Grünhagen, H., Travemünde,
Lohrmann, A., Siems,
Friderizi, A., Dänischburg.

Für den Verkehr mit dem Auslande.

Wertpapiere dürfen nur durch Vermittlung der Banken nach dem Auslande versandt oder überbracht werden (Reichs-Verordnung vom 21. November 1918; R.-G.-Bl. S. 1325).

Auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel dürfen nur mit Einwilligung der Reichsbank nach dem Auslande versandt oder überbracht werden (Bundesratsverordnung vom 8. Februar 1917; R.-G.-Bl. S. 103). Für Lübeck ist die Reichsbankstelle Lübeck zuständig.

Ausführungsverordnung bestimmt den Betrag, bei dem es ausnahmsweise solcher Einwilligung nicht bedarf.

Bis auf Weiteres dürfen (Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamts vom 18. Dezember 1918; Reichsanzeiger Nr. 301):

1. deutsche Geldsorten, Reichskassenscheine, Banknoten und Darlehnskassenscheine innerhalb eines Kalendertages nur im Gesamtbetrage von höchstens 50 Mark, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von 150 Mark hinaus nach dem Ausland überbracht werden;
2. zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel nur bis zu den in Ziffer 1 genannten Beträgen versendet werden.

Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von den Polizei-, Hafen- und Zollbeamten sowie von der Sicherheitswehr überwacht.

Zuwiderhandlungen gegen die angeführten Bestimmungen sind mit Geldstrafen von 100 bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit einer dieser Strafen bedroht, teilweise auch mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Neben der Strafe können die Vermögenswerte, auf welche sich die Handlung bezieht, eingezogen werden.

Lübeck, den 16. Juni 1919. (3643

Das Polizeiamt.

Bad Schwartau, den 16. Juni 1919.

Am Mittwoch, dem 18. Juni 1919 werden im Konsumverein

Eier

verkauft an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Q—S, soweit noch nicht erhalten, und U—Z von 8—10 Uhr vorm.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.
(Ernährungssache).
Francke.

(3662)

Fleischausgabe.

In der Woche vom 16. bis 23. Juni 1919 werden auf Fleischkarten an erwachsene Personen 200 Gramm Rinder-Büchsenfleisch, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgegeben. Frischwurst gelangt nicht zur Ausgabe. Der Preis beträgt für eine Menge von 200 Gramm Büchsenfleisch Mk. 1,72.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Frischfleisch ist nur bei dem Schlachtermeister **Wilh. Rahlf, Holstenstraße 3,** zu entnehmen.

Lübeck, den 16. Juni 1919. (3641

Das Landesversorgungsamt.

Landesvorstand. Eutin, den 13. Juni 1919.

Es kommen sofort zur Verteilung für den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung

1000 Gramm Marmelade

zum Preise von 1,50 Mk. das Pfund. (3681

J. A.: **Beckmann.**

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. (3664

Wilh. Kloth und Frau geb. Bornhövd.

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen Nachbarn, Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank. (3658

A. Kayatz u. Frau.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 13. d. Mts. starb unser langjähriges Mitglied

Christian Schröder.

Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren. (3671

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei dem herben Verlust meiner lieben Frau, meiner beiden Kinder treusorgende Mutter, Herrn Pastor Harms in Eutin für seine trostreichen Worte herzlichen Dank. **Martin Muus.**

Lübeck, Wakenitzmauer 28,
Fissau u. Schlutup. (3659

Zum 1. Juli oder August ein **jüngeres ordentliches Mädchen gesucht.** (3672
Gohr, Hansastraße 67.

Ein einfach oder besser möbl. Zimmer zu vermieten.
3663) Stitenstraße 10, I.

Hölzerne Kinderbettst. m. Trall.- u. Seegrasmatratze zu verkaufen.
3653) Marlistraße 70, III.

Zu verkaufen eine guterhaltene
Schuhmacher-Maschine.
Hans Raabe,
3662) Brolingstraße 18, pt.

Zu verkaufen fast neues **Herren-Fahrrad** mit Gummi-Bereif. Gr. Vogelsang 13 a. (3661

Zu verk. ein guterh. **H.-Fahrrad** m. Frl. u. G. Friedenstr. 51, ptr. 3660

Zu verkaufen **Haus An der Mauer 66.** (3654
Näheres beim Eigentümer, Fleischhauerstr. 18, Zimmer 6.

Für Maler oder Schlosser!
Einige sehr starke Milit.- leinene und Köper-Unterhosen zu verk.
3675) Bei St. Johannis 8.

Zu verk. 1 Tisch, 1 Kleiderschr., Vertikow, led. Jacke und Ueberzieher z. vertauschen g. Herrenschuhe. Glockengießerstr. 77/4. (3651

Kasperle-Theater für ein Sommerfest am **29. Juni** gesucht. Ang. u. **B B 4** a. d. Exped. (3679

Zu kaufen ges. **2 gleiche Bettstellen** mit Sprungf.-Matr. Angeb. u. **G 11** a. d. Exp. (3656

Ein P. n. D.-Halbsch., Gr. 38, u. ein P. n. H.-Stiefel, Gr. 41, zu vertauschen. (3680
Feldstraße 32, ptr.

1 Paar Mil.-Stiefel, Gr. 28, zu vertauschen. (3655
Kronsforder Allee 113 II, r.

Fast neue Herren-Schnürstiefel (Friedensware), Gr. 41 gegen 39 zu vert. Zu bes. abds. 6.30.
3657) Mühlenstr. 25 I.

Ehering verloren in der Mengstr., Schabbelhaus. Gegen gute Belohnung abzugeben. (3652
Paul Sawitzki, Wakenitzm. 37.

Zwei weiße Danziger Tauben mit Ring entflohen. Abzugeben gegen Belohnung
3678) Dankwartsgrube 52, II.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer, Johannisstr. 46.

Hillgers Handbuch
der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919
enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.
2.50 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.
Johannisstraße 46.

Kleine eis. Sparherde
mit Bratofen wieder vorrätig.
3649 **Robert Gieth, Fischergr. 63**

Kartenbriefe
sind vorrätig.
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Habe mod. Kücheneinrichtungen wegen Mangel an Platz billig zu verkaufen.
Ziethenstraße 3, bei Tischlermeister Jürgens. 3650

Neu eingetroffen sind:
Reuters Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Schillers Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Goethes Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Hauffs Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Warnung.

Das Fischen, Befahren und Betreten des Siemser Moors ist hiermit verboten. Jeder, der angetroffen, wird angezeigt. 3666 **Die Pächter.**

Pa. Buchen- u. Kiefernholz

in rm, in Kloben gesägt, grob und feingespalten,
liefert durch eigene Sägerei und Spaltvorrichtung frei Haus für den Winterbedarf 3667

F. W. Tietz, Pelzerstraße 24. Fernruf 943

Weisser Engel
5644 Ratzeburger Allee 29 Endstation der Linie 1
Jeden Sonntag und jeden Mittwoch:
Grosse Ballmusik.
Anfang Sonntags 4½ Uhr, Mittwochs 6 Uhr.

Friedrichshof.

Mittwoch, den 18. Juni: (3668
Großer Ball.
Anfang 7 Uhr.
Es ladet freundlichst ein **Aug. Busch.**

Kolosseum

Mittwoch, den 18. Juni:
Großer Ball.
Anfang 6 Uhr. (3676) **Heinrich Ohde.**

Volks-Kino. Bürgerverein.

3 große Schlager. Nur 3 Tage.

Fürstenliebe.
Memoiren eines Verbannten. 5 Akte.

Jori, der Schlangenkönig.
Aus den Papieren eines Detektivs.
Sensationelles Erlebnis. 4 Akte.

Ein teurer Kuß.
Pikantes Lustspiel. 2 Akte. 3646

Neues Lichtspiel-Theater

Breitestraße 13 **Telephon 8698**
Vom 17. bis 23. Juni:

Schmutziges Geld.

Großes amerikanisches Aufklärungs-Sitten-Drama auf dem Gebiete des Mädchenhandels.

Sehmutziges Geld,

dessen Vorführung bisher verboten war, ist eine eindringliche Warnung vor den weißen Sklavenhändlern, den jungen Mädchen die Gefahren vorzuführen, denen sie im praktischen Leben ausgesetzt sind und sie vor unüberlegten Schritten zu warnen.

Der hochinteressante Inhalt schildert die amerikanischen Sitten, die Schlupfwinkel der Mädchenhändler, wie sie vorhanden sind und in dankenswerter Weise von den überseeischen Behörden schonungslos ausgerottet werden. 3674

Dieser Film ist, was Regie und Darstellerkunst betrifft,

ein Meisterwerk

und wird von New-Yorker Künstlern lebenswahr dargestellt. Als Hauptdarstellerin fungiert die bekannte amerikanische Filmdiva

Ethel Grandin.

Ort der Handlung: New-York. Zeit: Gegenwart.
Ab 4 bis 10 Uhr: Vorzügliches Theater-Orchester.
Zu jedem Film erstklassige sinnentsprechende Musik.

Ein neues Wintermärchen
Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.
Vor der Revolution konfisziert gewesen!
Preis 25 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.
Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 18. Juni
abends 7½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Wegen der wichtigen Tagesordnung werden alle Mitglieder gebeten, pünktlich zu erscheinen.
3648) **Die Ortsleitung.**

Gesellschaftshaus Marli
Morgen Mittwoch:
Großer Ball.
Anf. 6 Uhr. (3673) Fr. Plötz.

Luisenlust
Mittwoch: (3677
Großer Ball.

HANSA THEATER
Dienstag: Zapfenstreich.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
(Langjährig verboten gewesen)
„Zapfenstreich“. 3647
Militärdrama v. Fr. A. Beyerlein
Donnerstag: Zum 1. Male:
Prinz und Bettlerin.
(V. Verfasser d. Krone u. Fessel)

Stadthallen-Theater
Lübeck. 3670
Dienstag, den 17. Juni:
Anfang 7½ Uhr:
Frühlingsluft.
Mittwoch, den 18. Juni:
nachmittags 4 Uhr:
Großes Konzert
Abends 7½ Uhr:
Als ich noch im Flügelkleide.
Donnerstag, den 19. Juni:
Die geschiedene Frau.
Freitag, den 20. Juni:
Die Heirat.
In Vorbereitung mit neuer Ausstattung und in erster Besetzung „Nanon“ die Wirtin zum goldenen Lamm.

Stadthallentheater Lübeck
Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr:
im Stadthallengarten:
Großes Konzert
Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck.
Dirigent: Kapellmeister Kurt Blumentritt.
Eintritt 1.00 Mk., Dutzendbilletts 10.00 Mk. (3669

Beilage zu Nr. 138.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 17. Juni 1919

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübeck.

Wir berufen hiermit den diesjährigen

Bezirks-Parteitag

für Sonntag, den 20. Juli, und Montag, den 21. Juli, nach **Malchin**, „Schützenhaus", ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: Abg. Kröger, Rostock.
2. Bericht über die Presse.
   Berichterstatter: Geschäftsführer Blunk, Rostock.
3. Bericht der Landtagsfraktion.
   Berichterstatter: Abg. Lüdemann, Schwerin.
4. Die Reorganisation unseres Bezirksverbandes.
   Berichterstatter: Abg. Kröger, Rostock.
5. Volksschule und Volksbildung.
   Berichterstatter: Abg. Stelling, Lübeck.
6. Die politische Lage.
   Berichterstatter: Parteisekretär Bromme, Lübeck.
7. Beratung der Anträge, die nicht durch die Tagesordnung erledigt sind.

Anträge, die veröffentlicht werden sollen, bitten wir bis zum 7. Juli an uns einzusenden.

Rostock, den 7. Juni 1919.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Wilh. Kröger.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten".

Weimar, den 13. Juni 1919.

Es folgt der

Bericht der Fraktion der Nationalversammlung.

Berichterstatter Löbe: Ein großer Teil der Fragen ist bereits bei der politischen Aussprache erledigt. Die uns zugesagten Schläge haben meistens schon andere Instanzen bekommen. Der Rest wird für mittlere Bedürftige wohl noch genug sein. Siebenundfünfzig der früheren Abgeordneten standen in der Fraktion 108 Neulingen gegenüber, und von den 57 gehörten noch eine große Zahl der Reichsregierung und den Einzelregierungen an. Das lähmte unsere aktive Kraft. Wer dauernd verhindert ist, sein Mandat auszuüben, muß es niederlegen. Eine vorübergehende Anwesenheit in der Heimat bei Unruhen und Streiks aber ist oft nötiger als die Teilnahme an einer Abstimmung im Parlament. Die Entschädigung zum Rahmengesetz zur Sozialisierung wäre auch bei vollbesetztem Hause abgelehnt worden. Nachdem die Unabhängigen die Teilnahme an der Regierung abgelehnt haben, blieb uns gar nichts anderes übrig, als durch die Heranziehung der Demokraten und des Zentrums eine Mehrheit im Parlament zu schaffen. Wir haben also keine Regierung Ebert-Scheidemann, sondern eine Regierung Scheidemann-Dernburg-Erzberger. Das dürfen unsere Genossen bei der Kritik nicht vergessen. Es ist ein Jammer, daß die Revolution nicht wenigstens mit den Kleinstaaten aufgeräumt hat, es ist ein Jammer, daß im Augenblick mit der Schaffung einer anhaltischen Verfassung und ähnlicher Dinge die Zeit totgeschlagen wird, und es ist der größte Jammer, daß die Bürgerlichen uns sagen müssen, daß auch in unseren Reihen Partikularisten sitzen. (Keil: Preußen voran!) Nein, die ersten Fehler sind von Eisner gemacht worden. (Sehr richtig!) Dieser Parteitag muß an die Genossen im Lande den Ruf ergehen lassen, mit der Einzelstaaterei aufzuhören und die Einheitsrepublik Deutschland durchzuführen. Wenn das geschehen ist, dann wird sich auch die Frage der Mitarbeit der Räte richtig lösen lassen. Irgendeine Einrichtung muß geschaffen werden, denn beim Sozialisierungsgesetz war die Rechte angewiesen auf die Sachkenntnis Hugenbergs und Voglers, wir auf die Sachkunde von Sachse, Hue und Brey. Im übrigen waren die Abgeordneten nicht sachkundig, was auch nicht zu verwundern war, denn sie sind ja schließlich unter politischen Gesichtspunkten gewählt worden. Erwähnt sei noch, daß wir bei der Sozialisierung bei den Demokraten größere Schwierigkeiten gefunden haben als beim Zentrum. Mit der Organisation der Reichswehr wollten wir ein Stück Demokratie schaffen. Eine militärische Macht brauchten wir in jenem Augenblicke unbedingt. Daß nur reaktionäre Offiziere und fast gar keine Arbeiter sich zur Reichswehr melden würden, war nicht vorauszusehen. Gerade die einseitige Zusammensetzung führte zu Verfehlungen und Ausschreitungen, die ihre Spitze gegen die Arbeiter richteten. Persönliche Angriffe gegen Noske sind unangebracht. Er hat das schwierigste Amt, und als er es übernahm, schrie alles nach Ordnung und nach einer festen Hand. Trotzdem ist die gegenwärtige Militärorganisation noch eine gefährliche Annäherung an ein militärisches Nebenregiment. Wir müssen die Ausführung der Friedensbedingungen benutzen, um uns durch anderweitige Zusammensetzung des Offizierkorps und der Mannschaften und Begrenzung der Zahl diese Gefahr vom Halse zu schaffen. Unsere Haltung zu den Friedensbedingungen ist bekannt. Abfällige Urteile über die Fraktion sind reichlich gefällt worden. Es ist eine schwere Belastungsprobe, wenn eine Partei nach 50 Jahren der Verantwortungslosigkeit plötzlich die ganze Verantwortung für die Regierung übernehmen und alle Dinge von der anderen Seite ansehen muß. Dieser Umstellung hätten viele Genossen nicht folgen können, auch wenn wir keine bloße Koalitionsregierung und Verwalter einer Konkursmasse geworden wären. Unter diesen Umständen mußte jede Regierung und jede Fraktion, die sie stützt, schwere Angriffe im Lande erfahren. Andere Parteigenossen als Minister wären nach einem Vierteljahre auf und davon gegangen. Und einer rein sozialistischen oder unabhängigen Regierung erginge es nicht besser. Trotzkys Reden auf den Sowjetkongressen sind immer nur Verteidigungen wegen Wiederherstellung der Kommandogewalt, der alten Offiziere, der alten Betriebsleiter usw. Allzu befriedigende Arbeit haben wir unter diesen Umständen nicht leisten können. Wir erhoffen für unsere künftige Arbeit glücklichere Umstände als in den letzten vier Monaten.

Die Debatte wird auf Sonnabend vertagt.

Namens der Mandatsprüfungskommission berichtet Brückner-Berlin über drei Beschwerdefälle. Der Genosse Schirner-Dortmund, 1909 aus der Partei wegen Syndikalismus ausgeschlossen, sucht jetzt wieder Aufnahme. Genosse Robert Konrad, unter dem Sozialistengesetz aus Berlin ausgewiesen, dann von Kräcker des Verrats beschuldigt, kämpft seit 1887 um die Anerkennung seiner Unschuld. Er bittet die neue Regierung, aus den alten Akten festzustellen, daß er niemals Verrat geübt habe. Der Parteitag überweist die Bitte dem Parteivorstand mit dem Ersuchen, ihr nach Möglichkeit nachzukommen. Auf eine Beschwerde des Ortsvereins Oppau bei Ludwigshafen sind drei Genossen wegen disziplinlosen Verhaltens bei der Gemeindewahl 1914 vom Schiedsgericht nicht ausgeschlossen, sondern nur streng gerügt worden. Die Rüge wird bestätigt.

Nächste Sitzung Sonnabend vormittag.
Schluß 7 Uhr.

*

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, 14. Juni.

Eine Anzahl Delegierter erklären zu Protokoll, daß sie gegen die Einigungsrevolution gestimmt hätten, weil einige Sätze der Resolution der U. S. P. die Einigung zu schwer machten. Bernstein erklärt zu Protokoll, daß er bei der Abstimmung über die Friedenserklärung sich der Stimme enthalten hätte. Er bitte nachträglich noch seinen Antrag zur Abstimmung zu bringen. — Eine größere Anzahl Delegierter mußte bereits abreisen. Die Bayern reisen heute mittag. Daher soll im Laufe des Vormittags die Vorstandswahl erledigt werden. Vorgeschlagen sind: Hermann Müller und Otto Wels als Vorsitzende, Bartels und Otto Braun als Kassierer; als Beisitzer: Scheidemann, Molkenbuhr, Pfannkuch, H. Schulz, Frau Juchacz, Ritter und Franke-Berlin und Frau Ryneck.

Dr. Crelling-Göttingen: Es wäre illoyal, die Opposition auf diesem Parteitag, wenn sie auch zahlenmäßig nur klein ist, hier nicht zu Worte kommen zu lassen. Ich beantrage, abwechselnd einen Redner der Mehrheit und einen der Opposition zu Worte kommen zu lassen. (Unruhe.) — Löbe-Breslau: Von einer organisierten Opposition, einer dauernden Scheidung der Richtungen ist mir nichts bekannt. Einige Neulinge scheinen den Parteitag dazu mißbrauchen zu wollen, ein solches Bild der Uneinigkeit nach außen zu werfen. (Stürmischer Beifall.) — Schiller-Hamburg erklärt, gewissermaßen zur Opposition zu gehören. (Brühne: Unerhört, Skandal!) aber sich stark genug zu fühlen, seine Meinung allein ohne organisierte Opposition zu vertreten. — Davidsohn: Die Feststellungen Löbes treffen nur zu für die gute alte Zeit bis vor etwa 8 Tagen. Dieser Parteitag aber bedeutet eine Epoche. (Hört, hört!) Jetzt sind Dinge geschehen und geschehen täglich mehr, die den Wunsch nahelegen, Mehrheit und Opposition einander offen gegenüberzustellen. (Unruhe.) — Katzenstein hält es für unklug, der Minderheit die Redegelegenheit zu beschränken. — Bröhle-Plauen will nach Hause; dringende Arbeit erwarte alle zu hause. — Klüß-Magdeburg bittet den Vorsitzenden festzustellen, wer zu dieser organisierten Opposition gehört. — Da keine Anträge gestellt sind, erklärt der Vorsitzende Schulz, daß nach der Reihenfolge der Rednerliste verhandelt werde.

Debatte über den Fraktionsbericht.

Mit zur Beratung stehen zahlreiche Anträge, vor allem über die Einheitsrepublik, die Doppelmandate, Ernährung, Sozialisierung usw.

Schönfelder-Hamburg: Ein großer Teil unserer Mitglieder ist über die ungenügenden Resultate der Arbeiterfraktion außerordentlich verdrossen. Fraktion und Regierung sind zu zaghaft. Die bürgerlichen Parteien werden die Koalition nicht leichten Herzens aufgeben. Die Reichsverfassung muß uns die Möglichkeit geben, über ihre Mindestbestimmungen hinauszugehen. (Beifall.)

Michel-Rüstringen: Mit der deutschen Einheitsrepublik hätten wir der Gegenrevolution jede Aussicht genommen. Die fiskalischen Liegenschaften müssen in den Allgemeinbesitz übergeführt werden.

Wiesner-Hamburg: Man hat mir, dem Organisator der Opposition vorgeworfen, ich sei im November v. J. in die verkehrte Partei gekommen. (Sehr wahr!) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Gelächter.) Jagen Sie niemanden davon, Sie werden alle brauchen. (Beifall.) In den ersten Referaten dieses Parteitages herrschten Empfindlichkeit und Erregung. Von Löbe wissen wir, daß der Kampf, der draußen im Lande tobt, auch in der Fraktion ausgefochten wird, daß es auch dort ein Hüben und ein Drüben gibt. (Widerspruch.) Es ist der Gegensatz zwischen denen, die absolute Demokratie, und denen, die die Machtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisierung militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment, wo wir abrechnen müssen mit denen von rechts. Ich fürchte, wir haben die Machtmittel längst in andere Hände gegeben. Ueberall wächst bei den Parteigenossen im Lande der Glaube an die Notwendigkeit der Gewalt, und er wird jeden Menschen, jede Partei niederkämpfen, die sich ihm entgegenstellt. (Unruhe.) Die Genossen aus der Werkstatt werden mit wuchtiger Hand die Ausbeuter beseitigen. (Heiterkeit.) Die ganze Partei will ein rein sozialistisches Ministerium. Dazu ist die Einigung nötig. Leider wirft ihr die nun angenommene Resoluton Blöcke in den Weg. Am schlimmsten hat die Regierung in der Ernährung versagt. Dem Bauern, der seine Pflicht nicht erfüllt, muß sein Grund und Boden weggenommen werden. Wenn Noske und Heine uns Dummköpfe nennen und uns den Stuhl vor die Türe setzen, dann bitte sehr: Reisende Leute soll man nicht aufhalten! (Beifall und große Unruhe.) — Vorsitzender Löbe: Es ist hier niemand als Dummkopf bezeichnet worden.

Wissell: **Wir haben die Anforderungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht erfüllt, deshalb geht ein Teil der Parteigenossen nach links ab.** Die Nationalversammlung hat wenig weimarischen Geist gezeigt, ihr Ansehen ist tief gesunken. Sie wird in der Geschichte des Volkes fortleben als Gegenstück zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848. Ich spreche hier nicht als Minister, sondern ganz offen als Parteigenosse zu Euch. Die Regierung arbeitet auf Grund eines Kompromißprogramms, das uns in den verschiedenen Wirtschaftsfragen arbeitsunfähig gemacht hat. Wir haben die formelle politische Demokratie ausgebaut. Haben damit aber doch nur das Programm der kaiserlich deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden erfüllt. Die innere Teilnahme der Bevölkerung an dieser Verfassung war herzlich gering. **Wir haben den instinktiven Drang des Volkes nach höheren Lebensformen nicht befriedigen können.** (Große Bewegung.) Auch der Partei fehlt dafür noch das rechte Programm. Ich kritisiere mich damit ebenso wie meine Kollegen in der Regierung; ich übe ein Stück Selbstkritik. Es hat uns an dem Geist und Programm gefehlt, mit denen wir Herz und Seele der Massen hätten wecken können. Wir regieren weiter in den Formen des alten staatlichen Lebens und haben ihnen wenig neuen Geist eingeflößt. Das gesellschaftliche Leben hat sich wenig geändert, vielfach sogar nicht einmal zum besseren. Die Errungenschaften der Revolution sind vom Volk nur als solche negativer Natur aufgefaßt. Auch daran ist **die Regierung mitschuldig und auch die Partei.** (Große Bewegung.) An Stelle der alten bureaukratischen Militärherrschaft ist eine

---

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Ritzel-Mainz.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich will jo die Lies heirate, Herr Lamprecht! Aber kann ich dann des, wenn Sie mich bein Deiwel jage?"

„Dann heirat sie! Wann un wo, des is mir aanerlei, aber in meim Haus bleibst du nit! In meim Haus hall ich Zucht un Ordnung — wer sich dogege vergißt, der fliegt enaus!"

„Herr Lamprecht! Jeder Mensch hot doch emol e schwach Stund! Wenn ich Ihne verspreche —"

„Ich will nix versproche hawe!" unterbrach ihn der Bauer. „Un wenn du maanst, jeder Mensch hot emol sei schwach Stund, dann sag ich dir: Der Mensch soll sich vor schwache Stunde in acht nemme — dofor hot er sei fünf Sinne, die ihm unser Herrgott gebe hot! Ich leid nit, daß in meim Haus zusammegelebt werd, wies liebe Vieh! Geb dir dru weiter gar kaa Müh — was ich gesagt hat, hab ich gesagt, un damit basta!"

Aus den Augen des Burschen schoß es wie ein unheimlicher Blitz nach dem sich jetzt erhebenden Hausherrn und mit trotziger Miene machte er eine Wendung nach der Tür, blieb aber nochmals stehen, als erwarte er, daß der Bauer noch ein weniger abweisendes Wort hinzufüge. Als ein solches aber nicht erfolgte, Gottfried Lamprecht vielmehr schweigend nach dem Fenster ging und in das trostlose Wetter hinaussah, begann der Bursche nochmals:

„Herr Lamprecht, Sie wisse, daß mir die Weibsleit von jeher all aus dem Weg gange sein, weil ich kaan scheewer Kerl bin! Die Lies war die erscht un aanzig, wo mich als mit eine freindliche Blick angeguckt hot — des hot mich zu ihr gezoge! Ich kann un will sie nit losse! Hier im Ort kann ich kaa Stell nit finne — überall hab ich schon erungefrogt! Drum wenn ich fort muß von Ihne, kann ich die Lies nit heirate, bevor se niederkimmt — sie kann doch nit fort von ihrer alte Mutter, die wo immer nit in de Reih is un hier ihr Häusche hot!"

„Des is mir alles aans!" polterte der Bauer ungeduldig. „Ich hab dir uffgesagt, dobei bleibts!"

„Aber, Herr Lamprecht —"

„Maanst du, ich hätt mei Zeit gestohle, daß ich mich dohinstelle un dei Gebabbel mit anhöre? Do hot der Zimmermann e Loch gelosse! Mach jetzt, daß du enauskimmst un unnersteh dich nit, mir noch emol mit so eine Anliege vor die Aage zu kumme! Mir zwaa sein fertig mitenanner!"

Damit wandte sich der Bauer wieder dem Fenster zu, während der Knecht mit trotzigen Schritten nach der Tür ging.

Hätte Gottfried Lamprecht den Blick gesehen, den der unheimliche Mensch im Hinausgehen nach ihm sandte, hätte er gewahren können, wie er die geballte Faust drohend hinter seinem Rücken gegen ihn erhob, und wäre der unterdrückte Fluch, der sich in ohnmächtiger Wut von den Lippen des Burschen rang, zu seinen Ohren gedrungen — dann wäre ihm wohl zum Bewußtsein gekommen, daß er sich eben einen Todfeind geschaffen und vielleicht häte er zu sich selbst gesagt: Vor diesem mußt du auf der Hut sein! So aber nahmen ihn die Gedanken über die Unterredung mit dem Pfarrer wieder vollständig in Anspruch — mit finsteren Blicken starrte er nach den Waldbergen drüben, wo gespensterhafte Nebelgestalten um die entlaubten Buchenkronen wallten, und leise murmelte er: „Unser Herrgott verzeih mirs, aber ich kann nit anners!"

10.

Entsagung.

In der Wohnstube des Reuterschen Hauses saßen an dem Nachmittage des nämlichen Tages die God und Dortchen an einem nach dem Garten zu gehenden Fenster sich gegenüber und strickten. Die verweinten Augen der beiden ließen darauf schließen, daß sie ihr durch die traurige Familienkatastrophe hervorgerufenes Seelenleid immer noch nicht mit Fassung ertrugen, oder daß neuer Kummer zu dem alten gekommen war.

Letzteres war in der Tat der Fall. Vor einer Stunde war Frau Christiane, die Mutter Dortchens, dagewesen und hatte über den vergeblichen Versuch des guten Pfarrers, bei dem Vater Verzeihung für Dortchen zu erwirken, Bericht erstattet, hatte auch unter heißen Tränen die Aussichtslosigkeit jeder Hoffnung darauf, daß des Vaters Sinn sich ändern würde, betont. Wie der Verschmachtende nach einem Trunk Wasser, so hatte Dortchen danach gelechzt, von der Mutter zu hören, daß der Vater auch, wie dies der Pfarrer tat, sie mehr als Unglückliche, denn als Verworfene betrachte, daß er auf Grund dieser milderen Auffassung sie, wenn auch erst nach Jahren, wieder als Kind an sein Herz schließe — kein zehrenderes Sehnen erfüllte ihr Herz, als daß das Dach des Vaterhauses sich wieder über ihrem Haupte wölbe aber nicht ein Tröpfchen Labsal war ihrem heißen Durste nach der ehedem so im Uebermaß genossenen Vaterliebe geworden — kein schwacher Schimmer der Hoffnung erhellte ihren künftigen, trostlos dunklen Lebensweg. Das durch ihr Eingreifen hauptsächlich bewirkte freisprechende Urteil in dem Schwurgerichtsprozeß gegen Paul hatte ihre Stimmung etwas gehoben; sie hatte das wohltuende Gefühl genossen, unter Verleugnung ihrer selbst, ein durch ihre Schuld herbeigerufenes drohendes Verhängnis von dem Haupte des Geliebten abgewendet zu haben, und hatte in diesem Bewußtsein gemeinsam mit der God den guten Pfarrer Mildenburg dazu bewogen, ihr Fürsprecher bei dem Vater zu sein. Der Erfolg ihrer freiwilligen Zeugenschaft hatte sie mit einer gewissen Zuversicht erfüllt, daß es den vereinten Bemühungen gelingen würde, den Vater umzustimmen — um so schmerzlicher wirkte daher die Enttäuschung, besonders, da dieselbe eine so vollständige war.

Mit tröstenden Worten hatte eben die God gesagt: „Nur Geduld, Dortche, kaan Baam fällt uff de erste Hieb! Loß emol e Weilche vorüber sein, dann geh ich noch emol hinnern! Er hot mir zwar am letztemol gesagt, er tät mich enausschmeiße, wenn ich ihm noch aamol mit der Geschicht käm — aber ich maane als, das wär nicht so schlimm gemaant gewese, als wie ers gesagt hot! Er is jo überhaupt gar nit so hart, als wie er sich anstellt — er hot ebe es bißche en hitzige Kopp un maant, wenn er aamol was gesagt hätt, dann müßts aach debei bleibe! Bock haanige Mannsleit sein se all mitenanner!"

„Wenns der Herr Pfarrer nit fertig kriegt hot, daß de Vatter widder gut werd, dann packst dus aach nit!" meinte Dortchen seufzend.

„Warum dann nit?" tröstete die God. „Bei de Mannsleit muß mer nur abwarte, bis se gut uffgelegt sinn — dann kann mer se um de klaane Finger wickele! Heit war kaan guter Dag dezu, for bei deim Vatter um gut Wetter anzuhalte — dozu liegt ihm der Aerger über die Lies un den Balzer noch zu viel im Mage!"

„Der Aerger über die Lies un den Balzer?" fragte Dortchen.

„Jo, host dus dann nit gehört, wies dei Mutter vorhin verzählt hot? Ach so, du warst grad in der Küch! Also, die Lies hot mit dem Balzer Gehängsel angefange un werd bald Mutter sein! Daß sich dein Vatter drüber alteriert, daß so was in seim Haus vorkomme is, des kannst du dir denke! Die Lies hot er gleich zum Deuwel gejagt — die sitzt jetzt bei ihrer alte arme Mutter dehaam un brüllt sich de Aage vor de Kopp! Dem Balzer hot de Vatter uff Ostern uffgesagt — wenn der wüscht Kerl ihm defor nur nit des Haus überm Kopp ansteckt — zutraue tu ichs ihm!" Dortchens Interesse war trotz ihrer Trauer über das eigene Schicksal geweckt worden.

„Unser Lies, wo bei dem Jungvieh geweest is?" forschte sie mitleidig. „Des sauber Mädche — und die hot sich mit dem Balzer eingelosse, dem se all zeh Schritt aus dem Weg gehe? Soll mer aber maane, daß es menschenmöglich wär?" Und dann sich ihrer eigenen Verirrung erinnernd, die sie zu Franz Schwind hingezogen hatte, nickte sie mit dem Kopfe und fuhr, wie mit sich selbst redend, fort: „Ich loß mirs nit ausrede — manchmol es des, was aans froLieb hält, weiter nix wie e Krankheit im Hirn, oder es es en böser Zauber, der aam von dem Borsch, zu dems aam zieht, angetan wird! Mer liest ja noch, daß die Vögelchen ener Giftschlang von selbst in de Rache fliege, wenn die ihn uffreizt. Die arm Lies tut mir laad — ich muß emol hin zu ihr gehen!"

(Fortsetzung folgt.)

andere getreten, deren Maxime sich von der der alten Regierung wenig unterscheidet. Die Koalition bewirkte Lähmung und mangelnde Einigkeit. Trotz des guten Willens jedes einzelnen Ministers scheint sie nach außen hin fast noch zweideutiger als die frühere Regierung. **Uns fehlt die innere Geschlossenheit.** Das Volk steht nicht geschlossen hinter dieser Regierung. Die Geschichte wird dereinst über unsere Reden und Taten urteilen. Noch habe ich nicht den Glauben verloren, daß es uns gelingen könnte, Deutschland die Beschaffenheit zu geben, die es in solcher Schicksalsstunde braucht. **Wenn es uns nicht gelingt, das heute mehr denn je im Reich auf das Materielle gerichtete Denken unseres Volkes zurückzudrängen, gehen wir schweren und bitteren Zeiten entgegen.** Bisher hat das privatwirtschaftliche Streben allein unser ganzes Wirtschaftsleben beherrscht. Jetzt mehren sich die Kräfte, die auch in Zukunft Erwerbstrieb und Eigennutz wieder entscheidend sein lassen wollen. Die Anhänger der alten Wirtschaftsweise sind rege wie nie zuvor. **Hinter den Kulissen tobt ein Kampf, von dem nur die wenigsten etwas ahnen.** (Lebh. Hört, hört!) Nicht die private Meinungsverschiedenheit einzelner über wirtschaftliche Dinge spiegelt sich darin, sondern der immer höher emporstrebende **Gegensatz zwischen Gemeinwirtschaft und der alten Wirtschaft** des freien Spiels der Kräfte. Mit allen Mitteln suchen die bürgerlichen Kreise diesen Kampf zur Entscheidung zu bringen: **Jetzt oder nie!** Täuschen wir uns nicht über unsere Macht und das, was wir erreichen können. **Nur unter dem Einfluß der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgesetzt.** (Lebhafter Hört, hört! und Unruhe.) Nach dem Zusammenbruch der Münchener Räteregierung rüsten sich die Anhänger der alten Wirtschaftsweise zu einem neuen entscheidenden Vorstoß, und dieser Kampf wird ihnen erleichtert, weil auch **breite Massen der Arbeiterschaft vom Profitstreben angesteckt** sind, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung erblicken. Auch daran sind wir mitschuldig, weil wir in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebkräfte des Sozialismus betont haben und nicht die tiefen sittlichen Prinzipien, die in ihm stecken. Wir leiden unter dem Fluch der Moral mit doppeltem Boden, die in der Kriegszeit Regierungsmaxime war. Wo es um Leib und Leben ging, da herrschte der Sozialismus, da trat einer für den anderen ein. Aber wo es um Geld und Gut geht, herrschte der Individualismus, da glaubte man, den einzelnen durch hohe Gewinne zur Pflichterfüllung anreizen zu müssen. **Der Trieb, der so viele Hunderttausende in den Tod geführt hat, wurde für andere zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur.** (Lebh. Sehr wahr!) Wer will es den Arbeitern verübeln, wenn sie tun, was die Unternehmer in der ganzen Kriegszeit getrieben haben? Wenn Profitgier und Gewinnstreben während der Kriegszeit die regsamste Triebfeder wirtschaftlichen Lebens war, weshalb soll es heute bei den Arbeitern anders sein? Noch glaube ich an den guten Kern im deutschen Volk. Blicken Sie nach den Rheinlanden, da üben **Arbeiter deutsche Solidarität, die Kapitalisten schlimmsten Verrat.** Hinter dem dumpfen Groll der Massen muß der Trieb nach höheren Lebensformen stecken. Die Ideen, die noch nicht ausgesprochen sind, werden, ihnen selbst noch unbewußt, einem höheren Menschentum zustreben. Feine Ohren hören bereits, was dermaleinst und demnächst kommen muß: **die neue wirtschaftliche und geistige Revolution!** Wer die Formulierung dafür findet, daß die geistigen und sittlichen Kräfte beim ganzen Volk wirksam gemacht werden, der fesselt es für alle Zukunft an seine Fahne. Die Berliner Masse wird nach links getrieben, nicht etwa, weil man dort die Formel gefunden hat, sondern weil man dort die Massen plump umschmeichelt und ihnen mi tder Diktatur des Proletariats alle Nöte überwinden zu können vorschwindelt. Aber **die Unabhängigen können den Massen nicht die Erfüllung ihres Sehnens bringen, dieser Aufgabe sind sie geistig nicht gewachsen, denn sie haben niemals den Mut, dem Volk zu sagen, daß es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegen die Allgemeinheit habe.** Trotzdem liegt die Schuld für den Zulauf zu den Unabhängigen **auch bei uns.** So wenig man die Ursache des Verhängnisses nur außerhalb seiner selbst suchen darf, so wenig darf eine Partei, deren Anhänger in immer größere Unzufriedenheit und Parteiverdrossenheit hineintreiben, die Ursache nur bei den äußeren Umständen finden wollen. Wir haben das Bedürfnis nach tieferem Lebensinhalt der Massen noch nicht befriedigen können. Alle Demoralisierung des Volkes darf nicht darüber hinwegtäuschen, **daß das Volk selbst über diese unerträglichen Zustände hinweg mit großem Verlangen nach jedem Panier ausschaut, das den Weg aus dem Wirrsal weist. Wer dieses Panier entrollt, hinter dem wird das Volk mit allen seinen guten und starken Elementen treten.** Das Programm dieser Regierung muß nicht nur die außenpolitische Ordnung umstoßen, sondern auch neue soziale und wirtschaftliche Verhältnisse schaffen, bei denen jeder einzelne an der Bildung des Gesamtwohls organisch mitarbeitet und seinen Teil an der Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes trägt. Es muß klar und deutlich zum Ausdruck kommen, daß unser Leben künftig nur in dem **Geist der Unterordnung unter das Ganze** möglich ist. Das Volk vermißt den Geist sozialer Gerechtigkeit, die planmäßige Einordnung der Persönlichkeit unter das Ganze, und darum bedauere ich, daß wir bisher nicht über jeden Zweifel erhaben klarstellen konnten, welche Wirtschaftsführung für uns in Zukunft gelten soll. Der laute Lärm der Anhänger des freien Spiels der Kräfte läßt in den Massen die Befürchtung aufkommen, daß es uns nicht ernst ist mit der Verwirklichung unserer sozialen Grundsätze, weil die Massen von uns viel mehr erwarten, als wir erfüllen können. Es kann nicht das gesamte Wirtschaftsleben sozialisiert werden; die volle Sozialisierung ist selbst dort nicht möglich, wo scheinbar die Voraussetzung dafür gegeben ist. Man sagt, das Kohlengesetz sei doch keine Sozialisierung, wie wir sie meinen. Die Betriebsmittel seien doch in den Händen der Privatbesitzer geblieben. Ich sehe ganz davon ab, ob es möglich gewesen wäre, mehr durchzusetzen, aber ich habe die Frage nach allen Richtungen, auch verfassungsgemäß überlegt und festgestellt, daß wir dem Sozialismus mit der heute erfolgenden Sozialisierung des Bergbaues den schwersten Schaden zugefügt hätten. Der Wert der Kohle, die in Deutschland gefördert wurde, betrug im September 1918 338 Millionen Mark, im Mai dieses Jahres 793 Millionen Mark, die Preiserhöhung übersteigt bei weitem 4 Milliarden Mark innerhalb 7 Monaten und hat den Wert der deutschen Kohlenproduktion vor der Revolution weit mehr als verdoppelt, und die Bewegung geht fort. Die Kohlensteuer allein bringt jetzt eine Milliarde. Hätte sich diese unvermeidliche Entwicklung nach der Sozialisierung vollzogen, so hätte sie den Gegnern des Sozialismus die allerwirksamsten Argumente gegeben. Bei der vollen Sozialisierung, der Uebernahme der ganzen wirtschaftlichen Unternehmungen in das Eigentum des Reiches, müßten wir heute Mittel aufwenden, die keiner, der an verantwortlicher Stelle steht, verantworten kann. Selbst extreme Sozialisten anerkennen die Pflicht, bei der Enteignung einzelner Betriebe Entschädigungen zu zahlen. Was wir aber heute kaufen oder entschädigen, müßten wir bei der Entwertung unseres papiernen Zahlungsmittels dreimal so hoch bezahlen wie vor der Revolution. Der Realwert der Gruben müßte mit unmöglichen Werten bezahlt werden, hinter denen aber keine realen Werte mehr stecken. Wer heute Geld aufnimmt, muß später, wenn unser Geldwert sich von der Zerrüttung ein wenig erholt hat und die Valuta wieder steigt, später viel mehr zurückzahlen. Außerdem ändert die Ueberführung einzelner wirtschaftlicher Unternehmungen in das Eigentum des Staates an der wirtschaftlich organisierten Produktion sehr wenig. Die Wirtschaft behält die rein kapitalistische Struktur. **Wir müßten für die Sozialisierung erst die Voraussetzung schaffen.** Wir können gegenwärtig nicht den Unternehmern ihre Werte in geringwertigen Zahlungsmitteln zahlen und nach 10 Jahren, wenn sie viel wertvoller geworden sind, wieder einlösen. Das mag der Masse schwer begreiflich erscheinen; aber wir sind eben unter ganz anderen Voraussetzungen zur Macht gelangt, als unsere Theorie annahm. Wie ist das Wirtschaftsministerium von den Professoren der Sozialisierungskommission angegriffen worden! Und jetzt schreibt Prof. L. nach seiner Erfahrung mit der Sozialisierung in Deutsch-Oesterreich: „Je schwieriger die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, desto schwieriger ist auch die Sozialisierung. Jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung kann uns in den Abgrund stürzen. Es ist weit besser, wenn sich einige Sozialdemokraten in den Augen der Massen oder erkenntnisloser Literaten diskreditieren, als wenn Mißerfolge die Idee diskreditieren. Ein Mißerfolg aber könnte nicht ausbleiben, wenn mehr geschehe, als wirtschaftlich möglich ist." Wir haben nicht die Idee diskreditiert und keine Schritte getan, die zum Verhängnis für unser Land geführt hätten. Noch auf unabsehbare Zeit wird in Deutschland der Kapitalismus nötig sein. Allein zur Verzinsung der Schulden brauchen wir pro Kopf 300 Mark im Jahr, dazu die ungeheure Verschuldung an das Ausland. Bezahlen können wir diese Schuld nur mit den Produkten unserer Arbeit. Wir zahlen heute schon mit dem, was wir im nächsten Jahre produzieren sollen. Was Robert Schmidt heute auf Kredit einführt, müssen wir mit den Waren bezahlen, die wir im nächsten Jahre erst erzeugen sollen. (Zuruf.) Ich mache ja Robert Schmidt keinen Vorwurf daraus, er kann gar nicht anders. Aber man kann den Massen nicht oft genug sagen, daß wir schon gegessen haben, was wir erst erarbeiten sollen. Wer glaubt, daß es mit Abschluß des Friedens besser wird, wird sehr enttäuscht werden. Was müssen wir tun, um unter diesen Umständen die Produktion der Arbeit auf das höchste Maß zu steigern? Soll heute noch jeder auf eigene Faust schalten und walten, wie er es für notwendig hält? Wir können nur existieren, wenn wir die Wirtschaft planmäßig organisieren, wenn nicht das Privatinteresse, sondern das Allgemeininteresse den Ausschlag gibt. Die Wirtschaft muß durchdrungen sein mit sozialistischen Prinzipien. Die Gemeinwirtschaft, die ich erstrebe, ermöglicht in organischer Zusammenfassung aller Zwege des Wirtschaftslebens ein gleichmäßiges, allmähliches Fortschreiten zum Sozialismus. Der Sturm gegen diese Gemeinwirtschaft tobt heftiger als gegen die volle Sozialisierung der einzelnen Wirtschaftszweige. Mit den haltlosesten Unterstellungen wird gegen uns gearbeitet. Wahnwirtschaft soll diese Planwirtschaft sein. Schon der Plan hat den Wahn zerstört, als könnte sich nach der Revolution jeder beliebig die Taschen auf Kosten der Gesamtheit füllen. Wir sollen die Kriegswirtschaft verewigen wollen. Von den bisherigen Methoden der Kriegswirtschaft wollen wir gründlich und so schnell wie möglich abrücken. Das Wirtschaftsleben entzieht sich der Regelung durch Gesetze und Verordnungen und ist dafür ein viel zu nervöser Organismus. (Beifall.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Fortdauer des Streiks im Berliner Zeitungsgewerbe.

Die Berliner Zeitungen sind noch nicht erschienen, nur ein bolschewistisches Blättchen, „Die Rätezeitung", die „Mittagszeitung" und sonst noch ein paar ganz kleine Blättchen. Nach einem Flugblatt der streikenden Hilfsarbeiter beträgt die Differenz zwischen den beiderseitigen festen Sätzen Mk. 2,— wöchentlich für Männer, Mk. 3,— für Frauen und Mk. 1,— für Jugendliche. Es werden bereits Leipziger Zeitungen auf den Straßen Berlins verkauft.

Forderungen der Eisenbahner in Erfurt.

Die „Allgemeine Zeitung" meldet aus Erfurt: Eine vom Eisenbahnbeamtenverband und dem deutschen Eisenbahner-Verband einberufene Versammlung, die von ungefähr 10 000 Beamten, Hilfsbeamten und Eisenbahnarbeitern des Eisenbahndirektionsbezirks Erfurt besucht war, nahm mehrere Entschließungen an, in denen die sofortige Demokratisierung des Eisenbahndirektions-Bezirks Erfurt, die Neubesetzung der Stellen des Präsidenten und verschiedener Dezernate durch Männer verlangt wird, die aus dem praktischen Berufsleben her in Verbindung mit der Vertretung der Eisenbahnbediensteten stehen. Zur Vermeidung von Stockungen in Verwaltung und Betrieb werden die Gewerkschaften beauftragt, die betreffenden Dezernate sofort zu besetzen und wegen der endgültigen Besetzung mit dem Ministerium in Verbindung zu treten. Schließlich wurde gefordert, die Stelle des Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt mit dem Rechnungsrevisor Heinrich Schütze zu besetzen.

Ein Schritt zur Besserung.

In der sächsischen Volkskammer hat der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie Fleißner erklärt: „Wir haben in der Presse mit den Kommunisten darüber debattiert, daß wir gar nicht daran denken, durch eine terroristische Minderheit die Mehrheit beherrschen zu wollen, weil es ein Ding der Unmöglichkeit ist und auf die Dauer gar nicht geht."

Hoffen wir, daß diese Erkenntnis sich bei allen Unabhängigen durchsetzt, dann kommen wir uns schon von selbst viel näher,

Oesterreich.

Zum Kommunistenputsch in Wien wird dem „Vorwärts" noch gemeldet, daß die Masse der Kommunisten die Absicht hatte, die Kundgebung friedlich durchzuführen, doch das sogenannte Direktorium faßte den Beschluß, gewaltsam die Räterepublik einzusetzen. Es war ein vollständiger Plan zur Besetzung aller Aemter ausgearbeitet. Der ungarische Gesandte hatte sich direkt an Polizeibeamte gewendet und größere Geldsummen angeboten für den Fall, daß sie sich der Bewegung anschließen. Er wandte sich nur an untere Beamte, und es wurde erklärt, auf 100 000 Kronen für einen einzelnen Polizeibeamten käme es nicht an. Von allen diesen Dingen war die Polizei informiert und sie verhaftete in der Nacht zum Sonntag in der Redaktion der Zeitung „Die soziale Revolution" sämtliche Kommunistenführer, etwa 115 Mann. Im Laufe des Sonntags wurden sie nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten allmählich freigelassen. Bei den Krawallen wurden 7 Personen getötet und 57 schwerverletzt, darunter eine ganze Reihe Polizisten. Die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft hat sich gemäß der von dem Arbeiterrat ergangenen Parole, daß die Wiener Arbeiterschaft sich nicht zu gewissenlosen Putschversuchen mißbrauchen lassen solle, der Aktion ferngehalten. Die „Arbeiterzeitung" verurteilt jeden neuerlichen Putschversuch, da er angesichts der Ernährungslage der Stadt Wien nur zu einem unbeschreiblichen Elend führen könnte. In einem zweiten Artikel legt die „Arbeiterzeitung" die Herkunft des Geldes für den Kommunistenetat und die Agitation in Wien dar, die mit nach vielen Millionen gehenden Summen von der ungarischen Regierung bezahlt werde. Das Blatt führt als Beleg dafür mehrere Quittungen an, darunter eine vom 27. März über 250 000 Kronen, eine andere über 200 000 Kronen. Durch die ungarische Gesandtschaft in Wien wurde u. a. am 30. April 1 Million Kronen an die Kommission überwiesen. Das Blatt nennt eine Anzahl Personen, denen Summen übergeben wurden, und erklärt schließlich, daß in der Leitung der Berliner Kommunisten auch ein ungarischer Kommunist sitze.

Rußland.

Das Ende der deutschen Militärherrschaft in Estland. Laut einer Meldung aus Helsingfors erließ die estnische Regierung eine Verordnung, durch die unter anderem allen Deutschen das Recht entzogen wird, auf den Eisenbahnen zu reisen. Die deutschen Schutzkorps in Reval wurden aufgelöst und die deutschsprachige „Revaler Zeitung" auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Frankreich.

Die Pariser internationale Konferenz mißglückt. Die internationale syndikalistische sozialistische Konferenz, die für Sonnabend, den 14. Juni, festgesetzt war, ist mißglückt, da nur die Italiener erschienen; die Belgier und Engländer waren weggeblieben. Man beschloß sofort, eine französisch-italienische Abordnung nach England zu senden, um sich über die Auffassung der englischen Arbeiterorganisationen zu unterrichten. Die Franzosen und Italiener erklärten sich zu einem 24stündigen allgemeinen Demonstrationsstreik bereit, der mit den bereits stattfindenden Lohnstreiks in keinem Zusammenhang stehen soll.

Belgien.

Sozialistische Kundgebungen. Die sozialistische Partei veranstaltete in allen großen Städten Belgiens Kundgebungen zugunsten des Achtstundentages und der Erhöhung der Mindestlöhne.

England.

Ein großer Streik droht in der englischen Maschinen- und Schiffbauindustrie auszubrechen, in dem zwei Millionen Arbeiter verwickelt sein würden. Die Gewerkschaften dieser Industrien haben kürzlich bei dem Schiedsgericht die Forderung einer Lohnerhöhung von 15 Schilling die Woche eingereicht, und nun haben die föderierten Arbeitgeber mit der Forderung einer Lohnverminderung von 5 Schilling die Woche geantwortet und zugleich durch ihre Organe erklären lassen, ein Konflikt sei unvermeidlich, da es nötig sei, die Löhne auf annähernd die Höhe vor dem Kriege zurückzubringen. Es gelte aber, den Kampf auszukämpfen, solange die Kriegsmunitionsgesetze noch in Kraft seien.

Internierung aller Neger. Die Rassenkämpfe zwischen Negern und Weißen in Liverpool, Cardiff und Barry und anderen Städten haben derart zugenommen, daß die englische Regierung sich veranlaßt gesehen hat, die Internierung aller Neger anzuordnen. Sie werden in Lagern untergebracht, bis sie das Land verlassen können. In Liverpool und Cardiff nahmen die Straßenkämpfe einen derartigen Charakter an, daß die Polizei nicht mehr Ordnung halten konnte. Am Sonnabend und Sonntag wurde Militär requiriert. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden 14 Neger ins Hospital eingeliefert. In New York wurden 32 Verwundete eingeliefert und eine Menge Verhaftungen vorgenommen.

Spanien.

Die Senatswahlen. Das amtliche Ergebnis der Senatswahlen ist folgendes: Anhänger Mauras und Ciervas (Regierungspartei) 35 Sitze, Anhänger Datos (konservativ) 47 Sitze, Liberale 47 Sitze und Unabhängige 1 Sitz.

Amerika.

Das Koalitionsrecht der Telegraphenmechaniker. Wie Reuter aus Washington meldet, hat der Generalpostmeister Burleyson nach einer Konferenz mit Vertretern des Mechanikerverbandes eine Erklärung veröffentlicht, worin allen Angestellten das Recht auf Kollektivverträge verliehen wird. Infolge dieser Erklärung ist der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter für unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der Prozeß Ledebour.

Den bemerkenswertesten Moment der Freitagsitzung bildete die Vernehmung des ehemaligen „Vorwärts"-Redakteurs Leid. Seine Vernehmung war bemerkenswert, weil aus ihr hervorging, wie Eichhorn zu seinem Amte als Berliner Polizeipräsident gekommen ist. Leid sagte darüber: Ich arbeitete mit Eichhorn zusammen. Als ich am 9. November ins Bureau kam, war Eichhorn nicht zur Stelle. Es wurde mir gesagt, es seien Soldaten und Arbeiter dagewesen, die kategorisch verlangt hätten, ein Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie müsse die Leitung des Berliner Polizeipräsidiums übernehmen. Da Eichhorn gerade zur Stelle gewesen sei, hätten sie diesen „mitgenommen". Ich hielt mich einige Zeit im Bureau auf und wurde dann von Eichhorn angerufen, ich möchte ins Polizeipräsidium kommen, es seien Verhandlungen zu führen wegen Uebernahme des Polizeipräsidiums. Ich begab mich ins Präsidium, traf dort Eichhorn und wir haben in Anwesenheit der Arbeiter und Soldaten wegen der Uebernahme verhandelt. Es wurde ein Protokoll aufgenommen, dessen entscheidender Punkt besagte, daß die Unabhängige Partei Eichhorn als Polizeipräsidenten einsetze.

Auf die Frage des Staatsanwalts sagte der Zeuge aus, daß es sich um die Uebergabe des Amtes und aller sonstigen damit zusammenhängenden Befugnisse gehandelt habe. Auf die weitere Frage des Staatsanwalts, ob die Teilnahme des Zeugen dahin zu verstehen gewesen sei, ob Leid und Eichhorn das Amt hätten übernehmen sollen, sagte der Zeuge, er habe seine Mitwirkung so aufgefaßt, daß er nur als Vertreter der vollziehenden Unabhängigen Partei hinzugebeten worden sei. Auf die weitere Frage des Staatsanwalts, ob es bloßer Zufall gewesen sei, daß die Leute, die einen Polizeipräsidenten suchten, gerade Eichhorn auserlesen hätten, sagte der Zeuge, das Entscheidende sei wohl gewesen, daß ein Angehöriger der Unabhängigen Partei Polizeipräsident hätte werden sollen. Die weitere Verhandlung beschäftigte sich mit der Frage, wie die starke Strömung zu erklären sei, die sich gegen die Absetzung Eichhorns und für die spätere Ernennung von Eugen Ernst gewandt habe. Die Verteidigung stellte in dieser Beziehung eine dementsprechende Frage an den Zeugen, die das Gericht nicht zuließ.

Die weitere Verhandlung erlitt insofern eine Stockung, als die Zeugen Roland und Tyschka nicht erschienen waren. Der Staatsanwalt bezeichnete die Abwesenheit des Zeugen Tyschka als sehr merkwürdig. Der Verteidiger Rosenfeld habe gestern ausgeführt, daß sich Tyschka selbst bei ihm gemeldet habe und daß er darauf brenne, vernommen zu werden. Heute müsse man nun feststellen, daß dieser Zeuge nicht erschienen sei. Die Staatsanwaltschaft stellte weiter fest, daß der Zeuge Bachmann nicht aufzufinden sei. Das nahm wiederum die Verteidigung zum Anlaß, zu erklären, daß Bachmann wegen Hochstapelei und anderer Straftaten von verschiedenen Behörden gesucht werde. In diesem Zusammenhange bezeichnete Rechtsanwalt Rosenfeld den Bachmann als „Vertrauensmann der Regierung". Es sei bemerkenswert, daß die Vertrauensmänner der Regierung in diesem Prozeß eine in jeder Beziehung eigenartige Rolle gespielt hätten. Auch Tyschka sei der Vertrauensmann der Regierung gewesen, sonst würde er von dem damaligen Stadtkommandanten Fischer nicht den Auftrag erhalten haben, Ledebour zu erschießen.

Aus Nah und Fern.

Große Zufuhr amerikanischer Lebensmittel. Aus Köge bei Kopenhagen wird gemeldet, daß im dortigen Hafen die Lagerräume für amerikanische Lebensmittel bereitgehalten werden, da im Kopenhagener Hafen kein Platz mehr zur Lagerung ist.

Flug über den Ozean. Das zum Fluge über den Ozean in Neufundland gestattete Vickersflugzeug landete in Clifden, Irland. Der Flug über den Ozean dauerte genau 16 Stunden, 12 Minuten. — Der französische Fliegerleutnant Casile stellte in Issy-les-Moulineaux einen neuen Höhenrekord von 10 100 Metern auf. Der gesamte Flug dauerte 1 Stunde und 15 Minuten.

Die Trockenlegung des Zuider-Sees. Die Arbeiten zur Trockenlegung des Zuider-Sees sind Montag begonnen worden.